

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

32 (7.2.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 909 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2396, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,95 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Säckl. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 32

Dienstag, 7. Februar 1950

Preis 15 Pf.

Dr. Schumacher fordert alliierte Panzer gegen deutsche Jugend

Der SPD-Führer bedient sich bei seinen Ungeheuerlichkeiten der „Informationen“ des westalliierten Geheimdienstes
Jetzt erst recht Mobilisation für Pfingsttreffen der deutschen Jugend in Berlin

Bonn. (EB) „Ohne daß ich scharf machen will, muß ich doch feststellen, daß nach meiner Meinung Zwischenfälle nur vermeidbar sein werden, wenn die alliierten Panzer überall an den Zufahrtsstraßen (von Berlin) stehen“, ist die zynische und alles überbleibende Forderung, die der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher in einer vor der Presse in Bonn abgegebenen Erklärung zum Berliner Pfingst-Treffen der Freien Deutschen Jugend erhoben hat, nachdem er dieses als „beabsichtigten SED-Putsch“ in längeren Ausführungen verleumdet hatte.

Das Treffen von 500 000 Jugendlichen aus allen Teilen Deutschlands am Pfingsten in Berlin wird ein Ereignis werden, vor dem die westdeutschen Separatpolitiker, die sich so wohl unter den schützenden Fittichen der westlichen Alliierten fühlen, fürchten müssen, denn das Treffen der deutschen Jugend wird ein überwältigendes Bekenntnis zum aktiven Kampf gegen die Kriegstreiber für den Frieden und die Einheit Deutschlands und seine Verderber werden.

Es blieb Dr. Schumacher vorbehalten, die Giftbombe der Denunziation des deutschen Jugendtreffens als SED-Putsch geworfen zu haben. Daß ihm dies bei seiner ganzen bisherigen Politik liegt, bezweifeln wir noch nicht einmal. Daß er sich dabei aber nicht einfach schämt, seine Verleumdungen unter Berufung auf „Informationen des westalliierten Geheimdienstes“ durchzuführen, ist ein starkes Stück, das nur noch von seiner Forderung „alliierte Panzer gegen deutsche Jugend“ übertrifft wird.

Viele westalliierte Zeitungen, die den von Dr. Schumacher geworfenen Ball mit Freuden aufgenommen haben, legen damit seine Infamie bloß, daß sie verschweigen, daß Dr. Schumacher seine Behauptungen über das Pfingst-Jugendtreffen auf „Informationen“ des westalliierten Geheimdienstes stütze. Es ist doch bezeichnend, daß das amerikanische Blatt „Die neue Zeitung“, die die groß aufgemachte Schumacher-Erklärung bringt, über diesen Punkt sich völlig ausweicht. Halten wir deshalb fest, wie die „Informationen“ des westalliierten Geheimdienstes lauten: „Nach vorliegenden Berichten beabsichtigen die Kommunisten (nebenbei: nicht mehr die deutsche Jugend!), den Verkehr in Westberlin durch den Aufmarsch lahmzulegen, die 11 000 Polizisten in Westberlin zu überwältigen und den Westberliner Magistrat mit Gewalt zu übernehmen.“ Die ganze Ungeheuerlichkeit dieser Lüge wird sichtbar, wenn wir weiterführend lesen: „Wir können uns natürlich nicht für die volle Wahrheit dieser Berichte verbürgen“, sagte ein Beamter des Geheimdienstes, „aber wir glauben, daß viel Wahrheit in ihnen steckt — zweifellos wird irgend etwas vorbereitet.“

Erste eindeutige Behauptung, dann in der gleichen „Information“ ein Abschwächen bis auf den vagen Begriff: „Es wird, wenn wir es auch nicht verbürgen können, trotzdem etwas dran sein.“ Für Dr. Schumacher aber ist das, was der westalliierte Geheimdienst bewußt lancierte, bereits hundertprozentige Wahrheit. Damit operiert er dann in der westdeutschen Politik.

Die Gemeinheit Dr. Schumachers hat ihren durchsichtigen Hintergrund. Westdeutschland bietet denen, die in Regierung und „verantwortungsbewußter Opposition“ die Geschäfte in fremdem Interesse führen, keine Propagandaschlager zur Stützung ih-

res Tuns. Die lawinenartig anwachsende Arbeitslosigkeit, die sie verschuldeten, das gesunkene Realeinkommen aller Schaffenden, die wachsenden Skandalfälle, sprechen nicht für ihre Politik, für die sie als Preis die Zerreißen Deutschlands und Aufgabe der deutschen Souveränität bezahlt haben.

Daß in Bonn die Remilitarisierungspläne nicht weiter betrieben werden, glaubt in Deutschland kein Kind mehr. 500 000 Jugendliche aber, die gegen Krieg und westdeutsche Remilitarisierung demonstrieren, lassen in Bonn bangen, daß die Remilitarisierungsabsichten trotz des raffiniertesten Spiels, im Frühstadium zerschlagen werden. Hat deshalb Dr. Schumacher seine heimtückische Mine springen lassen?

Auf der gleichen Pressekonferenz, auf der Dr. Schumacher mittels der Informationen des westlichen Geheimdienstes gegen das Jugendtreffen in Berlin loszog, kündigte er einen Gesetzentwurf der SPD gegen den

Neofaschismus an. Daß die neofaschistischen Gruppen als Folge der offiziellen westdeutschen Politik zu einer Gefahr werden konnten, hat er dabei verschwiegen.

Das Zusammenfallen seines verleumderischen Angriffs aus das Treffen der deutschen Jugend mit der Ankündigung eines Gesetzentwurfes gegen den Neofaschismus, ist eine gewollte Diffamierung der antifaschistischen sozialistischen demokratischen Kräfte in Deutschland. Dabei wird eine ganz bestimmte Absicht verraten: Aus einem Gesetz gegen den Neofaschismus soll, wie aus dem Republikchutz-Gesetz der Weimarer Zeit, das Unterdrückungsmittel gegen die Kommunisten, gegen die wirklich fortgeschrittenen Kräfte in Deutschland geschaffen werden.

Dr. Schumacher illustriert durch seine jüngsten Bonner Presseerklärungen eindrucksvoll die verhängnisvolle Rolle, die die rechten SPD-Führer in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus, zwischen Reaktion und Fortschritt, zwischen den Kräften des Krieges und des Friedens spielen.

Streik bei Benz & Hilgers

Düsseldorf. (EB) Bei der Düsseldorfer Firma Benz & Hilgers traten die Arbeiter

in den Streik, als der geschäftsführende Direktor Kaste es ablehnte, eine mit dem Betriebsrat getroffene Vereinbarung einzuhalten. Das Verhalten der Betriebsleitung und insbesondere des Direktors Kaste hatten schon im vergangenen Jahr mehrfach zu erheblicher Kritik Anlaß gegeben. In den letzten Tagen spitzten sich die Verhältnisse im Betrieb so weit zu, daß sich der Betriebsrat nicht mehr in der Lage sah, mit Kaste weiter zu verhandeln. Die Industrie-Gewerkschaft Metall billigte den Streik, nachdem eine Abstimmung im Betrieb eine Mehrheit von 99,4 Prozent für die Niederlegung der Arbeit ergeben hatte.

Vor Generalstreik der USA-Bergarbeiter

New York. (RdK) Vertreter des amerikanischen Bergarbeiter-Verbandes erklärten am Samstag, daß mit dem Beginn eines den gesamten amerikanischen Bergbau umfassenden Streikes gerechnet werden müsse. Ein Vertreter des Bergarbeiter-Verbandes in Illinois teilte mit, daß alle 480 000 im Bergarbeiter-Verband organisierten Grubenarbeiter angewiesen worden seien, in den Streik zu treten.

Westeuropa lehnt sich gegen USA-Waffenlieferungen auf

Täglich neue Beispiele des aktiven Kampfes gegen Kriegsvorbereitung

Paris. (EB) Den Werkträgern der westeuropäischen Hafenstädte wird jetzt offensichtlich die Rolle zugesagt, unter den Sklavengesetzen des Besatzungs-Regimes amerikanische Waffen für die Atlantikpakt-Staaten zu entladen. Die westeuropäischen Werkträgern liefern zahlreiche neue Beispiele ihres entschiedenen Kampfes für den Frieden.

Die Frauen der Hafenarbeiter von Amsterdam gelobten, den Kampf ihrer Männer gegen die amerikanischen Waffenlieferungen zu unterstützen. Die Arbeiter der Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Nederland haben sich mit den streikenden Stauern solidarisch erklärt.

China wünscht Abreise der Amerikaner

USA-Regierung verwirklicht nicht ihre Ankündigung

Peking. (EB) Obwohl die USA-Regierung angekündigt hat, daß sie ihr gesamtes diplomatisches Personal aus der Volksrepublik China abberufen wird, habe der größte Teil des diplomatischen Personals der USA in China bisher weder Ausreisegenehmigungen beantragt noch Anstalten zur Abreise getroffen, erklärte ein Sprecher der zentralen Volks-Regierung.

Die Behauptungen, daß den amerikanischen Staatsangehörigen bei ihrer Abreise Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden, entsprechen nicht der Wahrheit. Die Zentrale Volksregierung werde, wie der Sprecher ausführte, keinen USA-Beamten

am Verlassen Chinas hindern. „Wir würden es im Gegenteil lieber sehen, wenn alle amerikanischen Beamten recht bald abreisen würden.“

Der Sprecher stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob die USA-Regierung ihren Beschluß zur Abberufung des diplomatischen Personals bedauere, weil sie vielleicht eines Tages genötigt sein würde, die zentrale Volksregierung zu ersuchen, den USA-Vertretern, die jetzt die Ausreisegenehmigungen erhalten haben, die Rückkehr nach China zu gestatten.

Hongkongs Werkträger stehen nicht allein

Peking. (EB) Die Arbeiter Pekings protestierten auf das schärfste gegen die Maßnahmen der britischen Behörden gegen die streikenden Straßenbahner und Demonstranten in Hongkong und erklärten, „daß die Werkträgern der Volksrepublik China eine Unterdrückung ihrer Brüder in Hongkong nicht zulassen werden“, schreibt der Vorsitzende des Pekinger Gewerkschaftsrates. „Die Werkträgern Hongkongs stehen im Kampf um ihre Rechte nicht allein. Sie werden von den 400 000 Werkträgern Pekings unterstützt. Sie werden alles daran setzen, um die Bestrafung des für die Ausschreitungen Verantwortlichen, die Befreiung der verhafteten Arbeiter und die Auszahlung von Entschädigungsgeldern an die Betroffenen durchzusetzen.“

Kotikow entlarvt Blockade-Schwindel

Berlin. (Eig.-Ber.) Der Vertreter der sowjetischen Kontroll-Kommission in Berlin, Generalmajor Kotikow, hat gestern an die drei Westkommandanten ein Schreiben gerichtet, in dem er die von den Westkommandanten aufgestellten Behauptungen in ihren Briefen vom 21. und 26. Januar dieses Jahres, wonach sich die Sowjetbehörden angeblich in die für den Verkehr zwischen den Westsektoren Berlins und den Westzonen festgelegte Ordnung einmischen, als jeglicher Grundlage entbehrend zurückwies. In dem Schreiben heißt es: „Die Kontroll-Passierpunkte an der Demarkationslinie und am Stadtrand von Berlin halten die ihnen erteilten Vorschriften, die den normalen Verkehr von Reisenden, Gütern und Transportmitteln zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Westzonen sowie zwischen den Zonen und Ber-

wurde dort von einem riesigen Polizei-Aufgebot auf das französische Schiff „Atoll II“ gebracht, nachdem sich die Arbeiter von Marseille sich geweigert hatten, sie an Bord des britischen „Empire Marshall“ zu schaffen.

„Sie verteidigen das Volk!“

Gewerkschafts-Aufruf an die Werkträgern Italiens

Rom. (EB) „Die landarmen Bauern, die Brachland besetzen, und die Industrie-Arbeiter, die sich gegen die Stilllegung von Fabriken zur Wehr setzen, kämpfen nicht nur für ihr Recht auf Arbeit und Existenzmöglichkeit, sondern verteidigen gleichzeitig die Lebensinteressen des ganzen Volkes“, heißt es in einem Aufruf des italienischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes an die Werkträgern Italiens.

Der Gewerkschaftsbund fordert die Werkträgern auf, am 9. Februar auf Gedenkfeiern und Massen-Kundgebungen ihren Protest gegen den Polizei-Terror von Modena zu bekunden. In dem Aufruf wird ferner die Veröffentlichung eines Modenaischbüchchens angekündigt.

West-Berliner Politiker sollen abtreten

Hans Jendretzky: „Berlin bräuchte keine Arbeitslosen zu haben“

Berlin. (EB) Ueber 10 000 Berliner und Berlinerinnen aus allen Sektoren bekannten sich auf einer Kundgebung der SED nahe der Sektoren-Grenze zur Einheit Berlins. Der erste Sekretär des SED Landesverbandes Groß-Berlin, Hans Jendretzky forderte unter Hinweis auf die im Ostsektor erzielten wirtschaftlichen Erfolge das Abtreten der West-Berliner Politiker. „Berlin hat Arbeit für alle“, betonte Jendretzky unter dem Beifall der Versammelten, „und es braucht keine Arbeitslosigkeit zu geben“. Gegen die aus dem französischen Sektor stammenden Demonstranten ging ein Aufgebot von mehreren hundert Stumm-Polizisten zum Teil mit Gummiknüppeln vor. Nach bisher vorliegenden Meldungen wurden 50 Personen verhaftet.

Ulbricht fordert Abstimmung in ganz Deutschland

Forstzinner (EB) Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht ihre Aufgabe darin, den Aufbau so zu lei-

Aus dem Inhalt:

Krupp fordert „Wiedergutmachung“
Auf zum Deutschlandtreffen der Jugend!
Westdeutsche Landwirtschaft leidet unter Marshallplan
USA als Angreifer entlarvt

Wissenschaft ohne Gewissen

„Science sans conscience“, so lautet die Überschrift eines Artikels in der „Humanité“, in dem Simone Tery die maßlose Gewissenlosigkeit gewisser Atomforscher und die Hetze gegen Frédéric Joliot-Curie anprangert. Im Sinne des französischen Wortspiels könnte man diese Überschrift mit „Wissen ohne Gewissen“ übersetzen. Wir bringen diese aufschlußreiche Demaskierung der wissenschaftlichen Helfershelfer der Atombomben-Strategen und Politiker nachstehend im Wortlaut.

Die Abberufung des Professors Georges Teissier auf Betreiben der Amerikaner ist zweifellos nichts anderes als ein vorbereitender Schlag, um die Ausstoßung des größten französischen Gelehrten, des Direktors des Amtes für Atomenergie Frédéric Joliot-Curie, vorzubereiten, gegen den die amerikanische und die französische Presse seit langer Zeit einen haßerfüllten Kampf führen.

Warum dieser Haßausbruch gegen Gelehrte, die Ruhm, Reichtum und Ehre unseres Landes sind, gegen Männer, die uns die unermeßlichen Dienste für die Niederlage der Achsenmächte geleistet haben, gegen Patrioten, die so häufig in der Widerstandsbewegung ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben?

Zu allererst deswegen, weil es sich nicht schickt, daß eine Kolonie eine geistige Ueberlegenheit über ihren Beherrscher besitzt. Die Kolonialherren unterdrücken zu ersten das Denken zur gleichen Zeit, in der sie die Wirtschaft des Landes erodieren, das sie ausbeuten wollen. Nun ist Joliot einer der Pioniere gewesen und er bleibt einer der größten Spezialisten jener Atomenergie, die in der Sowjetunion die Wüsten in fruchtbare Ebenen verwandelt. Wie, wenn er nun im Begriff wäre, neue Entdeckungen zu machen, die Frankreich instandsetzen würden, auf die amerikanische „Hilfe“ zu verzichten? Man muß also dieses große Hirn am Arbeiten verhindern, den Gelehrten aus seinem Laboratorium hinwegreißen.

Vor allem aber nehmen es sich Joliot, Teissier und alle Forscher, die mit ihnen zusammenarbeiten, heraus, eine eigene Meinung zu haben und weder die „Demokratie“ nach amerikanischem Muster noch das Hintertzen der Bevölkerung durch die Atombombe zu billigen. Und dazu haben sie noch die Unverschämtheit, das offen auszusprechen. Wie kommen sie dazu, sich da hineinzuwickeln?

Die Herren Truman, Marshall, Hoffman und Co. wännen, daß ihre Gelehrten nur Knechte, Roboter sein müssen und in ihren Laboratorien das machen müssen, was ihnen befohlen wird und ohne sich damit abzugeben, was mit ihren Erfindungen geschieht. Genau so dachte auch Hitler: Er beschäftigte seine Forscher, das Gas zu erfinden und herzustellen, das Millionen

(Fortsetzung auf Seite 2)

Am Streiflicht gesehen

Erdbeben in Tanganjika

Darassalam. In Tukuyu in Süd-Tanganjika richtete in der vergangenen Woche ein Erdbeben, das schwerste seit 30 Jahren in diesem Gebiet, großen Schaden an. Das Verwaltungsgebäude wurde durch die Erdstöße gespalten und das Postamt schwer beschädigt. Menschenopfer sollen nicht zu beklagen sein. (Nach Reuter)

Wirbelsturm bedroht Madagaskar

Paris. Von der Nordostküste der Insel Madagaskar wurde das Nahen eines Wirbelsturmes gemeldet, dessen Geschwindigkeit auf 150 bis 200 km geschätzt wird. (Nach Reuter)

Schnee auf Cypern

Nicosia. Seit Menschengedenken fiel auf Cypern das erste Mal Schnee. 75 cm Schnee machten den Flugplatz bei Nicosia für den internationalen Flugverkehr unbrauchbar. Die Wasserleitungen der Stadt sind zugefroren und Schneeverwehungen verhindern den Verkehr auf der ganzen Insel.

Der strengste Winter, den die Türkei erlebte

Istanbul. Die Türkei erlebt in diesem Jahr den strengsten Winter ihrer Geschichte. Viele Bauern sind erfroren. Die Schulen auf dem Lande sind geschlossen, und Schneestürme haben bei einer Temperatur von zeitweise minus 10 Grad alles Leben auf dem Lande erstarren lassen. Zerstreut liegend Gehöfte und Siedlungen sind vor Wolfsrudeln und Bären nicht mehr sicher. In den Vororten von Istanbul heulten am Sonntagmorgen Wölfe, die der Hunger angelockt hatte.

Schnee im Heiligen Land

Haifa. Die Straßen von Jerusalem und Damaskus sind wegen Schnee unpassierbar. Auch der Flugverkehr ist durch Schnee und

Kälte lahmgelegt. Ueber Jordanien ist eine ungewöhnlich heftige Kältewelle hereingebrochen.

Erdbeben bei Erzerum

In der Nacht zum Sonntag wurde das Gebiet von Erzerum (Osttürkei) von zehn Sekunden dauernden Erdstößen heimgesucht, denen nach bisher vorliegenden Meldungen 20 Personen zum Opfer gefallen sein sollen. Die Zahl der Verletzten wird mit 32 angegeben.

16jähriger, der Pflegeeltern ermordete, verhaftet

Braunschweig. (dpa) Der 16jährige Gerhard Gribowski aus Braunschweig, der am 22. Januar das Ehepaar Voigt in Braunschweig ermordet hat, wurde am Donnerstag in Offenburg (Baden) verhaftet und hat ein Geständnis abgelegt. Er hat seine Pflegeeltern durch Beiliebe getötet, weil sie ihn angeblich schlecht behandelt haben.

Deutsche dürfen am Prozeß gegen NS-Bankräuber nicht teilnehmen

Bremerhaven. Vor einem amerikanischen Kriegsgericht in Bremerhaven begann am Donnerstag das Verfahren gegen die beiden amerikanischen Soldaten, Herbert Friedenberg und Alan Cooper, die am 13. Januar aus der norddeutschen Kreditbank in Bremerhaven 88 000 DM gestohlen haben sollen. An der Verhandlung dürfen deutsche Beobachter nicht teilnehmen.

Der Verteidiger des wegen Beihilfe zu diesem Bankraub zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilten Bremerhavener Autohändlers Friedrich Behrens hat bei der amerikanischen Revisions-Instanz in Nürnberg Berufung eingelegt.

(Fortsetzung von Seite 1)

menschlicher Wesen in Konzentrationslagern mordete und seine Aerzte mußten bei ihren Versuchen tausende von Gefangenen wie Meerschweinchen grausam sterben lassen.

Es ist das Pech Herrn Trumans, daß die französischen Forscher keine Nazi-Forscher sind. Sie wissen, daß ihre moralische Verantwortung im gleichen Maß wie ihr Wissen wächst und daß, wie schon Rabalais sagte, eine „Wissenschaft ohne Gewissen nur Verderbnis der Seele ist.“

Unsere Forscher haben mit Joliot einen feierlichen Eid geleistet: für das Leben und nicht für den Tod zu arbeiten, für das Glück der Menschen und nicht für ihre Niedermetzelung. Sie haben auf ihrer Seite die ganze ehrenhafte Ueberlieferung der Forscher, der Professoren, die die geistige Ausstrahlung, den wissenschaftlichen Ruf Frankreichs geschaffen haben — der Carnot, Michélet, Pasteur, Pierre und Marie Curie, Solomon und Politzer, Jean Perrin und Paul Langevin.

Bei dem großartigen Treffen, auf dem unsere Universitätsangehörigen sich vereinigen, um die Aechtung der Atombombe zu fordern, wurde Georges Teissier mit der Marschallaise begrüßt, die so inbrünstig war wie ein Eid. Und welche Freude war es für alle jene großen Geister und für die jungen Studenten, als Eugene Hénaff ihnen im Namen des CGT die brüderliche Solidarität der Arbeiterklasse zusicherte, jener Hafenarbeiter, Matrosen, Eisenbahner und Metallarbeiter, die mit ihnen gegen die gleichen Feinde in dem gleichen Kampf verbunden sind: in dem Kampf für den Frieden!

Dem Objektivismus verfallen

Der bürgerliche Objektivismus ist eine bössartige Krankheitserscheinung, von der sich einige Redakteure unserer Parteizeitungen noch immer nicht befreit haben — trotz Selbstkritik, trotz aller Beschlüsse der Partei.

Im Kampf gegen den Demontagestop-Prozess geht es auch um die Verteidigung der demokratischen Rechte des deutschen Volkes, um das Immunitätsrecht der deutschen Parlamente. Unser Standpunkt in dieser Frage ist klar, das Recht der Immunität ist von allen Gerichten, auch denen der Besatzungsmächte, zu respektieren. Der Kampf um dieses Recht hat heute breite Kreise in Westdeutschland erfaßt. Der Druck ist so stark, daß die Herren Hohen Kommissare sich nicht dazu aufraffen können, öffentlich dieses Immunitätsrecht anzuzweifeln. Sie geben aber Störungsfeuer und versuchen, Verwirrung zu stiften. Deshalb schicken sie einige ihrer Presseleute und sonstigen Bediensteten vor und lancieren über dpa eine Erklärung:

„Alliierte Kreise in Bonn wiesen am Montag darauf hin, daß die parlamentarische Immunität von Landtags- und Bundestagsabgeordneten nur gegenüber deutschen Gesetzgebungen gilt, in Verfahren nach der alliierten Gesetzgebung könne diese Immunität nicht berücksichtigt werden.“

Der Sinn dieser Meldung ist unmißverständlich: die Herren alliierten Hohen Kommissare wollen sich um eine klare Beantwortung der Fragen drücken; denn eine offene Ablehnung des Rechtes der Immunität würde beweisen, daß dieses im Grundgesetz festgelegte Recht nur „demokratische Maskierung“ der kolonialen Rechtsverhältnisse in Westdeutschland ist. Der Zweck der Meldung ist, Verwirrung zu stiften, die Massen im Kampf für die Niederschlagung des Demontagestop-Prozesses erlahmen zu lassen, während es jetzt gerade darauf ankommt, immer breiteren Massen Gelegenheit zu geben, an diesem Kampfe teilzunehmen und ihn mit immer größer werdender Entschiedenheit zu führen. Aber es ergibt sich die Frage, was haben sich die Chefredakteure des „Freien Volk“, Genosse Hugo Ehrlich, der „Neuen Volkszeitung“, Genosse Kurt Lichtenstein, die Chefredakteurin des „Norddeutschen Echo“, Genossin Gertrud Rast, der Chefredakteur der „Sozialistischen Volkszeitung“, Genosse Emil Carlebach, und einige andere dabei gedacht, als sie diese Meldung veröffentlichten? Glauben sie etwa, damit den Kampf gegen den Demontagestop-Prozess unterstützt zu haben, oder haben sie nicht vielmehr unsere Presse mißbraucht für die Verbreitung zersetzender Meldungen des Gegners? Die Ursache ist, daß sie nicht an alle Fragen vom parteilichen Standpunkt herangehen, nicht genügend wachsam sind und der bürgerlichen Betrachtungsweise — dem Objektivismus — verfallen.

CSR hat Vietnam anerkannt
Prag. (Rdft.) Die tschechoslowakische Regierung hat beschlossen, diplomatische Beziehungen mit der Regierung der demokratischen Republik Vietnam aufzunehmen.

DAG gegen Gehaltskürzung

Lohnkämpfe der Oeffentlich Bediensteten bevorstehend

Bonn. (E. B.) „Im Frühjahr werden Lohnkämpfe der Oeffentlich Bediensteten nicht ausbleiben, wenn die Bundesregierung beabsichtigt, bei den Ländern die Durchführung einer Gehaltskürzung nach Ablauf des Königssteiner Abkommens ab 1. 4. 1950 zu wirken“, heißt es in einer Pressemitteilung der Deutschen Angestelltengewerkschaft.

Die DAG wünscht in einer Eingabe an den Bundesfinanzminister Klarheit über solche hartnäckigen Gerüchte und hält eine Angleichung der Gehälter im Oeffentlichen Dienst an die höheren Abkommen in der privaten Wirtschaft für vordringlich. Jede Debatte um eine Senkung sei undiskutabel. Die DAG betont, daß sie dem Vorhaben des Bundesfinanzministers nicht zugestimmt habe, wonach nach Aufhebung der Gehaltskürzung für den Bereich der Bundesregierung eine Kürzung aller Einkommen um 3 Prozent eintreten soll, um die Flüchtlingsspenden auszugleichen. Solche Pressemeldungen entbeh-

Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der zwischen 1906 und 1943 Chef der Krupp'schen Waffenschmiede war, ist tot. Wäre mit ihm auch die verhängnisvolle Tradition zu Grabe getragen worden, die das deutsche Volk und die Völker Europas in zwei Weltkriege stürzte, dann könnten wir heute schweigen und es der von der deutschen Schwerindustrie finanzierten Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ überlassen, am 17. 1. 1950 seine Todesanzeige zu veröffentlichen und ihm mit folgenden Worten zu „betrauern“ und zu „verehren“:

„Sein Wirken wurde bestimmt durch schlichte Vornehmheit, edle Gesinnung und Hilfsbereitschaft gegen jedermann. Seine Persönlichkeit sicherte ihm eine überragende Stellung in der deutschen Wirtschaft. Sein Name hatte auch in den Wirtschaftskreisen des Auslandes hohen Klang.“

Die Tatsache jedoch, daß seine Witwe Bertha, zu deren „Ehren“ das im ersten Weltkrieg besonders gefürchtete 42-cm-Geschütz „Dicke Bertha“ genannt wurde, mit Unterstützung des amerikanischen Anwalts Davis und mit von britischen Besatzungsstellen freigegebenen Mitteln wieder in den Besitz des 1945 einer Treuhandschaft unterstellten Krupp-Konzerns zu gelangen versucht und nicht weniger als ca. 2 Milliarden D-Mark Schadensansprüche stellt, zwingt uns, zu reden. Es lohnt sich, aus diesem Grunde doch einmal die Frage zu untersuchen, ob man „durch schlichte Vornehmheit, edle Gesinnung und Hilfsbereitschaft gegen jedermann“ einen Vermögenswert von 2 Milliarden DM „verdienen“ kann.

Schon bevor Gustav von Bohlen und Halbach in die Familie Krupp einheiratete und ihm von Wilhelm II. das Tragen des Namens Krupp von Bohlen und Halbach gestattet wurde, damit der Name Krupp nicht aussterbe, regierte in Deutschland praktisch die Familie Krupp und andere Schwerindustrielle und benutzten die kaiserliche Regierung als ihr Werkzeug. Bereits um die Jahrhundertwende setzte es Krupp durch, daß Wilhelm II. unter der Parole „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“ den Ausbau der deutschen Flotte befahl, und er verdiente allein an der Panzerung von Schlachtschiffen jedes Jahr 5 Millionen Goldmark. Als sich 1904 der Sultan von Marokko das Recht zu nehmen erlaubte, auch in Frankreich Waffen zu bestellen, ließ Krupp den Kaiser eine Beschwerde abgeben und mit seinen Schlachtschiffen und Kanonen drohen. Einen deutschen Gesandten in China, der zwei Agenten, die seine Waffen an Japan verkauften, nicht vor gerichtlicher Verfolgung schützte, ließ er kurzerhand absetzen.

Ausdruck seiner „edlen Gesinnung“ war es auch, daß Krupp bei der Finanzierung des „Alldeutschen Verbandes“, jenes ideologischen Instruments zur Vorbereitung des

ersten Weltkrieges, eine große Rolle spielte. Ausdruck dieser „edlen Gesinnung“ war es ferner, daß er, um nach dem verlorenen ersten Weltkrieg seine Macht zu erhalten, am Tage der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gemeinsam mit Kirdorf, Stinnes und Vögler 500 Millionen Mark für die Gründung einer antibolschewistischen Liga und für die Finanzierung jener Freikorps spendete, aus denen sich später Hitlers SA und SS herausbildeten. Seine „schlichte Vornehmheit“ beschränkte sich nicht nur darauf, die werktätigen Söhne des deutschen Volkes millionenweise in den Krieg zu treiben und fremder Mütter Söhne morden zu lassen, sondern sie machte auch vor offenem Landesverrat keinen Halt: Wie Albert Norden

Auf zum Deutschlandtreffen der Jugend!

Vorbereitender Ausschuß für das Treffen in Stuttgart gebildet

Stuttgart. (EB) In Stuttgart konstituierte sich ein Landesausschuß zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens der Jugend. Dessen gehören an: vier FDJler, drei Falken, zwei Deutsche Jungenschaftler, vier Gewerkschaftsjugendfunktionäre, der Geschäftsführer des Jugendringes Ludwigsburg und Stadtrat Bohn. Das Büro des Ausschusses befindet sich in Stuttgart 13, Bergstraße 5-7. Der Ausschuß beschloß, weitere Persönlichkeiten aus allen Organisationen zur Mitarbeit aufzufordern und richte einen Aufruf an alle Jungen und Mädchen in Württemberg-Baden, in dem es u. a. heißt:

Der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend hat die deutsche Jugend im Osten und Westen, im Norden und Süden unseres Vaterlandes aufgerufen, am

großen Deutschlandtreffen der Jugend für Frieden, nationale Einheit und Unabhängigkeit und ein besseres Leben Pfingsten 1950 in Berlin teilzunehmen.

Dieser Ruf richtet sich an die jungen Menschen aller politischen, weltanschaulichen und religiösen Richtungen und Organisationen, an die jungen Menschen in den Betrieben und Büros, in den Schulen und Hochschulen.

Dieser Ruf hat bereits die freudige Zustimmung vieler den Frieden und ihr Vaterland liebender junger Deutscher gefunden, denn nie hat der Wunsch nach Frieden, nach der deutschen Einheit und Unabhängigkeit, nie hat die Sehnsucht nach einem besseren Leben stärker die Herzen und Hirne unserer Jugend beherrscht.

Die deutsche Jugend befindet sich in großer Gefahr! Ausländische und deutsche Kriegstreiber wollen uns, die westdeutsche Jugend, in einen neuen Krieg hetzen. Dieser würde sich auch gegen unsere eigenen Brüder im Osten Deutschlands richten. Die Ar-

beitslosigkeit in Westdeutschland steigt unaufhörlich, weil unsere Wirtschaft durch Demontagen, Produktionsverbote und Abschneidung des Handels mit dem Osten immer mehr zugrunde gerichtet wird. „Bereits liegen über eine halbe Million junger Menschen ohne Arbeit und Lehrstellen auf der Straße.“

Die Zukunft der westdeutschen Jugend ist überschattet von diesen düsteren Tatsachen. Deshalb müssen alle Jungen und Mädchen in allen Teilen unseres Vaterlandes den Ruf des Zentralrates der FDJ aufgreifen. Hunderttausende junger Deutscher werden Pfingsten 1950 in Berlin vor der ganzen Welt, vor dem ganzen deutschen Volk demonstrieren, daß die deutsche Jugend ein Ideal hat; den Frieden; daß sie nur ein Ziel hat: ein einiges Vaterland; daß sie einen Willen hat: besser leben!

Wir, die unterzeichneten Angehörigen verschiedener Organisationen und Betriebsjugendbelegschaften, haben uns zusammengefunden, weil wir den ehrlichen Willen haben, das Einigende unter der Jugend in den Vordergrund zu stellen. Wir wollen dazu beitragen, daß auch aus unserem Land Württemberg-Baden Tausende von Jugendlichen nach Berlin fahren und dort die gesamte Jugend unseres Landes vertreten.

Wir wenden uns an die Jungen und Mädchen unseres Landes! Kommt mit zum großen Deutschlandtreffen in Berlin! Bildet in den Kreisen, Städten und Dörfern, in den Schulen und Betrieben eigene Ausschüsse für das Deutschlandtreffen! Setzt euch mit uns in Verbindung! Auf, zum Deutschlandtreffen, Pfingsten 1950 in Berlin! Für Frieden, Einheit und ein besseres Leben!

Die Mitglieder des Landesausschusses für das Deutschlandtreffen in Württemberg-Baden.

Westdeutsche Landwirtschaft leidet unter Marshallplan

Vertreter der Regierungsparteien opponieren gegen Adenauer

Bonn. (E. B.) „Wir müssen feststellen, daß durch die Unterordnung der westdeutschen Ernährungswirtschaft unter die Interessen des Marshallplanes eine gesunde Entwicklung der westdeutschen Landwirtschaft bewußt verhindert wurde.“ Dies erklärte der kommunistische Abg. Otto Niebergall im Bundestag, als der Antrag der CDU-Fraktion, den Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft

Spaltung Deutschlands überwunden ist und die Außenhandels- und Ernährungspolitik des Kabinetts Adenauer beseitigt wird.

Streikende erzwingen Regierungsrücktritt

Santiago. (EB) Auf Grund der sich stündlich verschärfenden Streiklage in Chile sah sich das Kabinett gezwungen, seinen Rücktritt einzureichen. Der chilenische Staatspräsident Videla bildete ein neues Kabinett, das ausschließlich aus Zivilisten besteht und die Aufgabe haben soll, die durch die Streikwelle verursachte innenpolitische Krise zu überwinden. Die in allen Teilen Chiles aufgefummelten Lohnstreiks, die das gesamte Verkehrsleben und das Geschäftsleben des Landes lahmgelegt hatten, sind seit Samstagfrüh im Rückgang begriffen, da sich bereits zahlreiche Unternehmer mit den Forderungen der Arbeiter einverstanden erklärt haben. Alle Parteien versprechen, sich dafür einzusetzen, daß keinerlei Repressalien gegen die an den Streiks beteiligten Arbeiter angewendet werden.

Vietnam ermutigt

Singapur. (Nach dpa) Die sowjetische Anerkennung der freien Republik Vietnam bedeutet eine große Ermutigung des vietnamesischen Volkes bei der Vorbereitung einer allgemeinen Gegenoffensive gegen die französischen Eindringlinge, hieß es am Freitag im Sender der Republik Vietnam. Die in Kürze erwartete Anerkennung des Marionettenregimes des Kaisers Bao Dai durch Briten und Amerikaner wiege tausendmal leichter als die bereits erfolgte Anerkennung der vietnamesischen Volksrepublik durch die Regierungen der Sowjetunion und Chinas.

KP Japans für Abschaffung der Monarchie

Berlin. (EB) Die Abschaffung der Monarchie in Japan forderte am Donnerstag ein Vertreter der Kommunistischen Partei Japans. Seine Partei, erklärte er, begrüßte es, daß die Sowjetunion den USA die Aburteilung weiterer japanischer Kriegsverbrecher vorschläge, zu denen als der Hauptverantwortliche Kaiser Hirohito gehört.

Britin bittet CSR um Asyl

Prag. (EB) Die britische Staatsangehörige Dr. Rides, die seit 1946 als Angestellte einer der britischen Botschaft angegliederten Organisation zur Propagierung der „britischen Lebensweise“ arbeitete, hat am Samstag ihre Stellung gekündigt und die tschechoslowakische Regierung um Asyl gebeten, da sie die gegen die Volksrepublik gerichtete Tätigkeit des britisch-council nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren könne.

Pferdmenges soll Presse kontrollieren

Frankfurt a. M. Die „Frankfurter Rundschau“ läßt sich aus München berichten, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer vor einigen Tagen in einem privaten Gespräch den Plan zur Errichtung einer zweiten westdeutschen Nachrichtenagentur erörtert habe. Einer der Gesprächspartner soll der Kölner Bankier Dr. Pferdenges (CDU) gewesen sein.

Im Kampf um die Einheit Deutschlands

Lübeck. (EB) Die Verelendung der Arbeiterschaft in Westdeutschland läßt auch die Hafenarbeiter Lübecks immer mehr ihren Blick auf das Aufbauwerk in der Deutschen Demokratischen Republik richten, heißt es in einem Schreiben, das die Hafenarbeiter der Stadt Lübeck an ihre Kollegen in der mecklenburgischen Hafendstadt Rostock gerichtet haben. Die Lübecker Hafenarbeiter bringen in ihrem Schreiben den unbeugsamen Willen zum Ausdruck, den Kampf um die Einheit Deutschlands gemeinsam mit den Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik aufzunehmen.

USA als Angreifer entlarvt

Kernfrage der „Verteidigung“: — wie man Rußland besiegt

Die Kriegshysterie schlägt in der reaktionären amerikanischen Presse wieder hohe Wellen. Mit der Entscheidung Präsident Trumans, für die Entwicklung der Wasserstoffbombe neue Milliarden aus den Taschen der Steuerzahler zu ziehen, lebte die Idee des Präventivkrieges wieder auf, nachdem sie vorübergehend in den Hintergrund getreten war, als die USA erkannte, daß die Sowjetunion die Atomenergie sehr genau kennt, sie für den Aufbau der Friedenswirtschaft nutzbar machte, den USA also weit voraus ist. Wenn nun auch die Siegesgewißheit, die während der Zeit vorherrschte, als sich die amerikanischen Kriegstreiber im vermeintlichen Besitz des Atommonopols wählten, einer gedrückten Stimmung gewichen ist, da selbst führende amerikanische Wissenschaftler davon überzeugt sind, daß die Sowjetunion dieselbe „Wunderwaffe“ herstellen kann, so haben die Befürworter des Angriffskrieges doch neuen Auftrieb bekommen.

Die „New York Times“ vom 29. 1. 1950 stellte ihre Spalten einem Mr. Hanson Baldwin zur Verfügung, der ganz offen feststellt, daß das Waffenlieferungsprogramm im Rahmen des Atlantik-Paktes „erst ein Anfang ist“, daß „zumindestens am Anfang“ (bis die psychologischen und materiellen Hindernisse zur Remilitarisierung Westdeutschlands überwunden sind) „Frankreich die Hauptlast der Infanterieoperationen tragen muß“ und daß „die Grenzen Amerikas in Europa liegen und nicht an der atlantischen Küste“. Doch

weil dieser ihm die Lizenzgebühr von 1 Schilling pro Granate nicht bezahlen wollte.

Daß die Familie Krupp mit Unterstützung eines amerikanischen Anwalts um „Wiedergutmachung“ klagen kann und daß andere Kriegsverdiener denselben Weg einschlagen — auch Thyssen, der selbst zugab, „Hitler bezahlt zu haben“, hat seine „Wiedergutmachungsforderungen“ angemeldet — ist ein Symptom mehr dafür, daß der dritte Weltkrieg vorbereitet wird. So wie die Verhältnisse infolge des Einflusses, den eine Handvoll ausländischer Monopolisten in Westdeutschland ausüben und unter der Gesetzgebung der Regierung Adenauer heute liegen, braucht man kaum daran zweifeln, daß Krupp, Thyssen und andere, die für den Mord von Millionen Menschen unmittelbar verantwortlich sind, mehr Aussichten auf „Wiedergutmachung“ haben, als die von Hitler enteigneten Opfer des Faschismus. Denn die Erfahrungen eines Krupp und Thyssen sind für die Kriegstreiber wertvoll, um den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten und um die Freiheitsbewegung der Völker niederzuschlagen. Es ist die Aufgabe des deutschen Volkes, nicht noch einmal wie nach der verlorenen November-Revolution, zuzuschauen, wie die deutschen Schwerindustriellen Schritt für Schritt ihre Machtpositionen zurückerobern, sondern für ihre Entmachtung zu kämpfen.

Erst wenn den Krupp und anderen Familien der Schwerindustrie die Lust zur Stellung von „Wiedergutmachungsforderungen“ vergangen ist und sie keine ausländischen Anwälte mehr finden, die ihnen hierbei helfen, ist der Frieden in Deutschland und in Europa gesichert. F. U.

„Times“ „fadel“ Adenauer

Von Adenauers Dementis hält man im Ausland nicht viel. Die Londoner „Times“ vom 27. 1. 1950 schreibt dazu ganz offen:

„Es ist schwer, den Verdacht zu vermeiden, daß von der Rede von Justizminister Dehler und vom Memorandum des Ministers für gesamtdeutsche Fragen, Kaiser, eher aus taktischen Gründen abgedrückt wurde als deshalb, weil diese ihren Kollegen mißfielen.“

Jawohl, auch die „Times“ ist über Dr. Adenauer verärgert und beschuldigt ihn, daß die Erörterung der Wiederaufrüstung Deutschlands „seine ständige Beschäftigung“ ist. So interessant und lehrreich diese Feststellung auch ist, so handelt es sich bei dem Kommentar der „Times“, ebenso wie bei den Kommentaren der bürgerlichen französischen Presse, nicht um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Auch die „Times“ wirt Adenauer, wenn man den Kommentar von aller Verkleidung befreit, im Grund genommen nur eines vor: daß er zu früh den Mund zu weit aufgerissen hat:

„Die Ausdehnung der Ruhrbehörde auf die Schwerindustrie der Saar, Luxemburgs und Lothringens klingt ganz vernünftig und ist sogar ein idealer Vorschlag, aber die Deutschen dürfen nicht vergessen, daß der Hauptzweck der Ruhrbehörde darin besteht, die deutsche Wiederaufrüstung zu verhindern. Alle diese Fragen können und werden zweifellos auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn die Sicherheit wiederhergestellt und wenn die westliche Union eine Wirklichkeit geworden ist. Diese Zeit ist aber noch nicht gekommen.“

Wissenschaftler gegen Wasserstoffbombe

Bombay. (ap) „Die Wissenschaftler der ganzen Welt haben die Pflicht, diesem Unsinn ein Ende zu setzen“, erklärte der britische Wissenschaftler Professor J. D. Bernal am Freitag auf einer Tagung des Weltfriedenskongresses in Bombay unter Bezugnahme auf Präsident Trumans Entscheidung zur Herstellung der Wasserstoffbombe. Professor Bernal forderte das Verbot der Bombe. Die Wissenschaft sollte ungesäumt den nächsten Lebensnotwendigkeiten der Massen nutzbar gemacht werden, erklärte er. Bernal ist führender Atomphysiker.

dieser Mr. Baldwin geht noch einen Schritt weiter und verrät damit in dankenswerter Weise den wirklichen Charakter des Atlantik-Paktes:

Schließlich werden alle Einzelfragen überschattet durch die Hauptfrage, die noch nicht geklärt ist, wie man sich nicht nur gegen Rußland verteidigt, sondern wie man Rußland besiegt. Eine Diskussion über diese Frage setzt offensichtlich eine Entscheidung darüber voraus, ob die Strategie unsres Sieges auf einem Atombombardement des feindlichen Hinterlandes, auf der Entwicklung beweglicher Land- und Sestreitkräfte oder auf einer Verbindung beider Methoden beruhen soll. Sie setzt auch eine Festlegung unserer Kriegsziele voraus und eine Erklärung über die politische und psychologische Kriegführung, die wir im Kriegsfall anwenden. Das Problem, wie Rußland geschlagen werden kann und nicht nur wie man sich gegen Rußland verteidigen kann, ist in Wirklichkeit die Kernfrage des gegenseitigen Verteidigungsprogramms des Atlantik-Paktes.“

Alle Heuchelei kann nun nichts mehr helfen. Wer vor einem Krieg Kriegsziele aufstellen will, der bereitet sich nicht auf die „Verteidigung“ vor, auch wenn er es hunderttausendmal behauptet. Wer vor einem Krieg Kriegsziele aufstellt, der ist von vornherein als Angreifer entlarvt. Das ergibt sich aus dem Artikel des Mr. Baldwin in dieser großen New Yorker Zeitung ja nicht für sich allein spricht. F. U.

Zum Abschluß der Lohnverhandlungen im Bergbau

Von Hermann Nuding, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes der KPD

Vor uns liegt das Resultat des Abschlusses der Lohnverhandlungen zwischen der Industriegewerkschaft Bergbau und der Deutschen Kohlenbergbauleitung. Es lautet neun Prozent Lohnerhöhung. Ersichtlich ist allerdings noch nicht, ob diese neun Prozent auf den Hauerdurchschnittslohn gemeint sind, oder auch auf das Gedinge Anwendung finden. Immerhin ist die Ziffer von neun Prozent die vorläufige Grundlage, von der aus der Lohnabschluß betrachtet werden muß.

In der Entschliebung, die auf der am 22. Januar 1950 im Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen zusammengetretenen Delegiertenkonferenz angenommen wurde, wurde zu diesem Resultat Stellung genommen. In einer von der IG Bergbau vorgelegten Entschliebung wird festgestellt, „daß bei den Lohnverhandlungen eine vollständige Erfüllung der ursprünglich gestellten Lohnforderungen nicht erzielt werden konnte.“

Was waren die ursprünglich gestellten Lohnforderungen? Die Bergarbeiter waren der Auffassung, zwölf Prozent. Doch der Vorsitzende des IG Bergbaus leugnete das mit der Behauptung, daß diese Forderung nur von den „Linken“ gestellt worden sei. Er hat dabei verschwiegen, was nun die Forderungen der „rechten“ Gewerkschaftler, die unter seiner Führung stehen, gewesen sind. Tatsache ist, daß sowohl Guterath, als auch andere Gewerkschaftsführer zwölf Prozent gefordert haben, daß für diese zwölf Prozent in mehreren Gruben Urabstimmungen stattfanden und viele Delegationen zu den Verhandlungen gewählt wurden, die für zwölf Prozent zu kämpfen bereit waren. Die Führung des IG-Bergbaus hielt es entweder nicht für notwendig, ihre eigenen Forderungen zu formulieren, oder aber, sie versuchte, die Bergarbeiter über die Diskussion über die zwölf Prozent. — der sie nicht entgegenstellte, sondern sie tolerierte und einzeln sogar offen unterstützte, — über ihre wahren Absichten zu täuschen. Die Lehre, die daraus für die Bergarbeiter gezogen werden muß, ist folgende: sofort dazu überzugehen und von Schachtanlage zu Schachtanlage ihre eigenen Lohnforderungen zu formulieren, sie gegenseitig aufeinander abzustimmen, um so auf breiter Grundlage eine wirkliche Lohnbewegung, die entsprechend dem heutigen Lebensstandard der Bergarbeiter notwendig ist, einzuleiten. Durch das gemeinsame Handeln der Bergarbeiter, durch die gemeinsame Aktion von Kommunisten, Sozialdemokraten, christlichen und parteilosen Arbeitern konnte die neun Prozent erreicht werden. Die Lehre daraus muß eine Stärkung der bereits geschaffenen Aktionseinheit aller Bergarbeiter für höhere Löhne sein.

Im zweiten Teil der Entschliebung wird gesagt, daß nach Einreichung der Lohnforderungen aus politischen Gründen eine Aenderung der Kohlenpreisgestaltung erfolgte und dadurch die Ertragslage der Zechen sich erheblich verschlechtert habe. Woher die Führung des IG-Bergbaus diese Weisheit nimmt, bleibt unergründlich; denn sie hat ja keinen Einblick in das Gebahren der DKBL, oder will sie behaupten, daß sie wirklich einen solchen hat? Dann wäre es an der Zeit, daß sie objektiv feststellt, welche Riesenprofite die Kohlenbarone in den letzten Jahren aus den Bergarbeitern herausgeholt haben. Es ist ein offenes Geheimnis, daß im letzten Jahr die Profite die 30-Millionen-Grenze weit überschritten haben. Es ist kein Geheimnis, daß im letzten Jahr 16 Millionen Tonnen Kohlen mehr produziert wurden, ohne daß die Arbeiterzahl dementsprechend eine Vergrößerung erfahren hätte. Uebrigens: seit wann hat sich die Gewerkschaftsbewegung in ihren Lohnforderungen den „politischen Gründen einer Aenderung der Preisgestaltung“ zu unterwerfen?

Monopole heute in der Preispolitik manövrieren? Sollte ihr entgangen sein, daß die Kohlenpreise, die Stahlpreise, die Treibstoffpreise gestiegen sind, und sollte sie vielleicht annehmen, daß das Ausbleiben von 650 Millionen Mark an Subventionen auf die eingeführten Lebensmittel preissenkend und nicht preissteigernd wirken wird? Dabei hat der Ernährungsminister Niklas schon vor Wochen ganz offen von einer Erhöhung der Getreidepreise und der damit verbundenen Brotpreiserhöhung gesprochen. Selbst wenn wir unterstellen, daß die wichtigsten Lebensmittel um zehn oder gar zwanzig Prozent zurückgehen, so haben wir noch lange nicht den Preisstand von 1938, auf dem und hinter dem sich im wesentlichen die Löhne heute befinden. Die Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel sind allein seit Juni 1948 zum größten Teil über 50 Prozent gestiegen, so daß zehn oder zwanzig Prozent Preisrückgang weit davon entfernt sind, die Lage der Bergarbeiter entscheidend zu verbessern, weil ja die Löhne im Verhältnis zu den früheren Preisen auch damals kein auskömmliches Leben sicherten.

Warum die neun Prozent bewilligt wurden Der Gewerkschaftsführung wird zum Dank dafür, daß sie auf die zwölfprozentige Lohnerhöhung verzichtet hat, und sich mit neun Prozent abgeben ließ, und wie zum Hohn, gesagt, daß sie unter dem Druck des linksradikalen Flügels der Bergarbeiterdelegationen und ihrer Delegationen, die vor dem „Glück-Auf-Haus“ laufend demonstrierten gehandelt habe. Mit anderen Worten heißt das: wenn diese Delegationen nicht erschienen wären, wenn die Belegschaften nicht vorher Resolutionen gefaßt und Urabstimmungen durchgeführt hätten, dann wären auch diese neun Prozent nicht bewilligt worden.

den. Also der Kraft der Bergarbeiter und nicht der Verhandlungsweise der Gewerkschaftsführung ist es nach dem Eingeständnis dieser Unternehmerzeitung zu verdanken, daß überhaupt eine Lohnerhöhung zustande kam. Die Bergarbeiter müssen sich dies merken und keine Minute versäumen, um in den Schachtanlagen jetzt schon die Vorbereitungen zu treffen, um die zwölfprozentige Mindestforderung durchzusetzen. Die Gewerkschaftsgruppen der Schachtanlagen sind die gegebenen Organe, mit deren Hilfe die Belegschaft mobilisiert werden kann.

Drei Mark pro Mann und Schicht Wir sagten eingangs, daß es nicht klar ist, auf welchen Grundlohn die neun Prozent gelten sollen, auf den Hauerdurchschnittslohn, oder auf das Gedinge oder auf beide zusammen. Wir müssen dafür eintreten, daß die neun Prozent jedem Arbeiter und allen Jugendlichen zugute kommen.

In dem von uns zitierten Artikel im „Handelsblatt“ heißt es zum Abschluß, „damit das Beste aus der Sache (gemeint ist die neunprozentige Lohnerhöhung) gemacht wird, kommt es darauf an, die Lohnerhöhung so zu differenzieren, daß wirklich leistungssteigernde Wirkungen von ihr ausgehen.“ Man wird also versuchen, nur dort die neun Prozent zu geben, wo man eine Leistungssteigerung damit herbeiführen kann. Der „Pyrrhussieg“ soll also schon nach Abschluß der Lohnverhandlungen perfekt werden. Die Bergarbeiter sollten deshalb in jeder einzelnen Schachtanlage über die Gewerkschaftsgruppen Lohnkommissionen bilden, die darüber wachen, daß alle Arbeiter in den Genuß der neunprozentigen Lohnerhöhung kommen, daß verhindert wird, daß diese neun Prozent zu einer neuen Antreiberei ausgenutzt und die Arbeiter gegeneinander ausgespielt werden. Diese Kommissionen können zugleich die Vorbereitung für die Durchführung des Kampfes um die Mindestforderung von zwölf Prozent und der Durchsetzung der von dem Bergarbeiterverband gestellten Forderung von 3 DM pro Mann und Schicht in Angriff nehmen.

Die Kohlenbarone sehen nur ihre eigenen Interessen

In der kapitalistischen Wirtschaft können für die Gewerkschaften die politischen Gründe der Monopolgewaltigen nie ausschlaggebend sein. Oder will man behaupten, daß das soziale Verhältnis zwischen den kohleproduzierenden Arbeitern und der ausbeutenden Gesellschaft eine Aenderung erfahren hätte in dem Sinne, daß die Arbeiterschaft aus politischen Gründen ein Interesse an dieser Gesellschaft haben könnte? Es läßt sich beweisen, daß das Gegenteil der Fall ist. Selbst die bürgerliche „Frankfurter Rundschau“ bringt in ihrer Nr. vom 16. Januar 1950 zum Ausdruck, daß die DKBL eine Instanz ist, die auf dem Besitzrecht beruht und in ihrem „Geschäftsgebaren weder von den Kohleverbrauchern, noch von den Kohleproduzenten abhängig“ ist. Weiter sagt die Zeitung von der DKBL, „sie ist lediglich der Besatzungsmacht, in diesem Falle der CCCG, verantwortlich. Das Monopol hat damit die denkbar vollendetste Geschlossenheit und absolute Unabhängigkeit gegenüber den Produzenten und Konsumenten erlangt.“ Auf welche politischen Gründe und auf wessen Kohlenpreisgestaltung soll nun Rücksicht genommen werden? Doch nicht auf die der deutschen Bevölkerung, sondern auf die der internationalen und deutschen Monopolisten. Ist es angesichts dieser Tatsache Sache der Gewerkschaften, auf die politischen Gründe der Monopolisten Rücksicht zu nehmen? Und können die Arbeiter bei ihren jetzigen Hungerlöhnen überhaupt auf eine und dazu von ihnen nicht geprüfte Ertragslage der Zechen Rücksicht nehmen? Schon mehr als ein Jahr weist die Gewerkschaftspresse nach — und alle Arbeiter wissen es aus ihrer eigenen Erfahrung — daß die Reallohne der Arbeiter 40 Prozent hinter denen der Vorkriegszeit zurückstehen. Warum spricht man dann nicht von der Ertragslage der Arbeiter bei ihrer täglich schweren Arbeit in den Gruben? Wo hat man je gehört oder gelesen, daß die Unternehmer, und vor allem die Kohlenbarone, von der Ertragsminderung der Arbeiter, von ihrem geringeren Lohn, d. h., Lohn im Verhältnis zur Leistung, und zu den Preisen, reden? Sie, die Kohlenbarone, sehen immer nur ihre Interessen. Können aber die Bergarbeiter selber gemeinsame Interessen mit der DKBL, dieser Monopolgesellschaft, haben, die unter der Kontrolle des Auslands steht und von der sowohl die ausländischen, als die deutschen Monopolisten profitieren? Der Profit aber muß erarbeitet werden von den Bergarbeitern, deren Lohn viel niedriger ist als er selbst unter der Naziherrschaft war. Wenn die Kapitalisten solche Argumente anführen, wie in der Entschliebung vom 22. Januar, ist das verständlich; wenn Ge-

werkschaftsführer jedoch solche Entschliebungen einreichen, die getragen sind von der Sorge um die Rentabilität der kapitalistischen Unternehmer, dann zeigen diese Führer, ob sie wollen oder nicht, daß sie weit davon entfernt sind, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, daß sie mit den Monopolen in diesem Falle mehr Gemeinsames haben als mit den Arbeitern.

Die Gewerkschaftsführung liegt falsch

Die Gewerkschaftsführung hat den Marshallplan anerkannt; sie betrachtet den westdeutschen Separatstaat als den ihren sie ist für das Besatzungs- und Ruhrstatut; sie ist sogar in diesem Falle ausdrücklich für die Politik der Adenauer-Regierung. Wo bleibt da der Platz für die Interessen der Arbeiterklasse? Wissen die rechten Gewerkschaftsführer nicht, was vor 1933 war? Haben die Kohlenbarone nicht damals auch mit der Unrentabilität der Kohlenproduktion und mit der notwendigen Konkurrenzfähigkeit operiert, um Lohnerhöhungen zu verhindern? Und was taten sie in der gleichen Zeit? Steckten sie nicht viele Millionen in die Na-

zipartei? Wurden nicht für jede Tonne produzierter Kohle, wie Thyssen das in seinem Buche ausplaudert, 50 Pfg. an die Nazi-Partei abgeliefert? Will man heute vergessen machen, daß es gerade die Kohlenbarone waren, die der Hitlerclique den Aufstieg und ihre Kriegsvorbereitungen ermöglichten? Hier liegt also die Gewerkschaftsführung grundsätzlich falsch; denn bevor sie eine Verantwortung für die Rentabilität und die Konkurrenzfähigkeit der Gruben hat, muß sie mindestens das Recht der Mitbestimmung in der gesamten Kohlenproduktion und in jeder Zeche haben. Dies ist nicht der Fall, sondern die gesamte Produktion liegt ausschließlich in den Händen eines Monopols, und wer die Interessen dieses Monopols berücksichtigt, muß zwangsläufig gegen die Interessen der Arbeiter handeln. Dies geschah in diesem Falle; denn der Ertrag der Zechen erlaubte nach den eigenen Angaben der Zechenherren über ihre Profite eine Lohnerhöhung und die Gewerkschaftsführung hat die Pflicht, in erster Linie dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft in den Besitz eines Lohnes kommt, der ihr ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht.

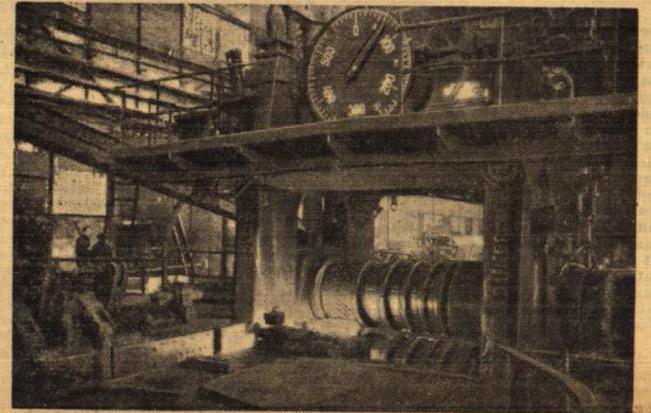
Die kapitalist. Presse hat dieselben Argumente

Die kapitalistische Presse argumentiert in der gleichen Weise, wie die Gewerkschaftsführung. Da spielen die Exportpreise auf dem Weltkohlenmarkt eine Rolle, da wird von Preiseinbrüchen gesprochen und was das Entscheidende ist, ein Fehlbetrag errechnet, der, wie die Herrschaft behaupten, nur ausgeglichen werden kann durch eine größere Leistung der Bergarbeiter. Das „Handelsblatt“ vom 23. Januar 1950 verlangt deshalb jetzt schon, daß „die Durchschnittsleistung je Mann und Schicht der Untertage-Belegschaft, die jetzt bei 1,38 Tonnen liegt, eine Höhe von mindestens 1,5 Tonnen“ erreichen muß, und dann wird weiter gesagt, „Die Lohnerhöhung (gemeint sind die neun Prozent) ist als eine Art Vorleistung der Zechen anzusehen, die der Leistungssteigerung folgen muß.“ So sehen also die Herren Kapitalisten die Situation zur Erhaltung ihrer Profite. Sie kommen zu dem einfachen Schluß, daß weitere Rationalisierungen vorgenommen werden müssen, der Zusammenlegung von Zechenanlagen näher zu treten sei, „eine Maßnahme, die immer mit der unerfreulichen Freisetzung von Arbeitskräften verbunden ist.“

Hier liegt also das Programm der Monopolgewaltigen, das zugleich verbunden ist mit der Drohung gegenüber den Bergarbeitern. Triumphierend wird im gleichen Artikel erklärt: „es wird sich also noch her-

ausstellen müssen, ob die Lohnerhöhung... nicht ein Pyrrhus-Sieg sein wird.“ Die Argumente des „Handelsblatt“ stimmen also mit denen der Gewerkschaftsführung überein. Hier kommt die traute Arbeitgemeinschaft der Gewerkschaftsführung und der Kohlenbarone zum Ausdruck. In der Entschliebung wird dann weiter auf die „Tendenz zur Senkung der Preise wichtiger Lebensmittel und Bedarfsstoffe“ aufmerksam gemacht. Das gleiche tut das „Handelsblatt“. Es behauptet, „daß Preisrückgänge für eine Reihe von Lebensmitteln zu verzeichnen seien und deshalb der Reallohn gehoben worden sei.“ Die Führung des IG-Bergbaus hat sich mit Recht vorsichtig ausgedrückt und von der „Tendenz“ gesprochen. Hat sie dabei übersehen, wie die

Stahlwerke im Kampf um die Planerfüllung



In der Deutschen Demokratischen Republik melden die Stahlwerke die ersten Erfolge bei der Erfüllung ihrer Planaufgabe. Die Stahlwerker von Riesa haben trotz Erhöhung der Planziffern im Januar das Soll an Siemens-Martin-Stahl mit 101,7 Prozent erfüllt. Der verheißungsvolle Auftakt ist ein Zeichen des festen Willens der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, gemeinsam mit ihrer Regierung ein besseres Leben zu erkämpfen. Unser Bild zeigt den Sieger im vorjährigen Wettbewerb der VESTA-Betriebe, die Max-Hütte Unterwellenborn. Auch die beiden Kollegen, die man im Hintergrund sieht, halfen den Sieg miterkämpfen.

Drohung mit Höllenbombe auf Rheinlinie Basel-Emmerich

New York. 12 amerikanische Physiker, von denen 9 an der Entwicklung der Atombombe mitgewirkt haben, sprachen sich gegen die Verwendung der Wasserstoffbombe aus. Allerdings machen sie dabei den Dreh, Truman dürfe die Bombe, die keine Waffe zur Kriegführung, sondern ein Mittel zur Vernichtung ganzer Völker sei, erst anwenden, wenn Verbündete der USA als erste Opfer eines Wasserstoffbomben-Angriffs würden. Nach Ansicht der 12 USA-Physiker könne mit einer einzigen Wasserstoffbombe New York vernichtet werden. Außerdem könne die Bombe keine Sicherheit für die Vereinigten Staaten gewähren, denn es sei gewiß, daß die Sowjetunion auch zur Herstellung der Wasserstoffbombe imstande sei.

Es ist bekannt, daß der USA-Generalstab besonders die Rheinlinie von Basel bis Emmerich im Kriegsfall mit Atombomben belegen will. Dabei verstecken sich die imperialistischen Kriegstreiber hinter dem Märchen vom ersten Schuß oder der ersten Bombe, um sich damit einen Freibrief zu verschaffen. Die römische „Unita“ nennt die Konstrukteure der neuen Bombe als ebenso verrückt wie Hitler. Truman versuche Gott zu ersetzen, da Leben und Tod der ganzen Erde von seinem Willen abhängen soll.

Nach der Baseler „National-Zeitung“ soll Radio Moskau erklärt haben: „So wie einmal die amerikanische Atombombe in vogue, so ist jetzt das Schreckgespenst der Hydrogen-Bombe große Mode.“ Wallstreet brauchte diese Ankündigung um ihren in- und ausländischen Zielen zu dienen. Die amerikanischen Imperialisten möchten zu dem dem amerikanischen Volk die Vorstellung eines mühelosen Druckknopf-Kriegs auf die Nase binden, der von Amerika keine Opfer fordern würde — sozusagen eine ame-

rikanische Version von Hitlers Blitzkrieg. Wallstreet hat es aber nicht fertig gebracht, die Völker der Welt durch die Atombombe ins Boxhorn zu jagen und auch mit den Ammenmärchen von der Hydrogen-Bombe wird das nicht gelingen. Diese Ränke und Intrigen der Imperialisten schweifen die Reihen der Friedensfreunde nur fester zusammen und bestärken ihre Entschlossenheit, die bössartigen Pläne der Kriegsetzer zum Scheitern zu bringen.

Amerikanische „Menschheitsbeglucker“

In Amerika wurde vor kurzem ein Buch herausgegeben, das nach einem Bericht einer Frankfurter Zeitung ziemliches Aufsehen erregte. Der pompöse Titel dieses Buches lautet „Der Weg zur Rettung“. Der Verfasser ist ein amerikanischer Professor namens William Vogt; sein „Weg zur Rettung“ ist so, daß er die volle Zustimmung der Imperialisten findet.

Vogt geht in seinem Buch von der Behauptung aus, die Erde sei überbevölkert. Das Ackerland der Welt könne nicht einmal die Hälfte der heutigen Erdbewohner ernähren. Diese Behauptung stellt er in einer Zeit auf, in der man in den kapitalistischen Ländern, vor allem aber in den USA, wieder verstärkt dazu übergeht, „überflüssige“ Lebensmittel zu vernichten. Damit man der drohenden Welt Ernährungsnot entgegen kommen könne, müsse „eine Kontrolle der menschlichen Aufzucht“ stattfinden. Die meisten Menschen seien überflüssige Esser, die es nicht zu ernähren lohne und für die es keine Nahrung gebe. Die schlimmsten Epidemien — Cholera, schwarze Pocken, Pest usw. — seien eine Wohltat.

Selbstverständlich sollen — so wie es die faschistische „Rassenlehre“ bei uns verkündete — von der Verminderung der Bevölkerung die „rückständigen, minderwertigen“ Rassen und Völker getroffen werden, damit die wertvollen Elemente der Menschheit — das sind natürlich die amerikanischen Imperialisten — ein Leben auf Kosten der anderen führen können.

Dieser selbe Professor Vogt hat in einem Aufsatz in der amerikanischen Zeitschrift „Saturday Evening Post“ näheres darüber geschrieben, wie sich die amerikanischen Imperialisten die „Rettung“ der Menschheit denken. Dabei bezieht er sich auf eine Rede Trumans vom 9. November 1949, bei der dieser sich darüber äußerte, wie das Land zwischen Euphrat und Tigris in einen Garten Eden verwandelt werden könne. Die USA würden nach Ablauf des Marshallplanes

über Riesensummen nicht ausgenutzten Kapitals verfügen, die verwandt werden sollten. „die gewaltigen Hilfsmittel in Asien, Afrika, Südamerika, Australien, Indonesien und der übrigen Welt auszuwerfen.“

Wie diese Beglückung der „rückständigen“ Völker nun aussehen soll, das sagt uns Trumans Interpret William Vogt. Er schreibt: „Das Truman-Programm wird uns bei richtiger Ausführung große Dividenden einbringen. Diese „richtige Ausführung“ besteht nach Vogt darin, daß der Lebensstandard in den „rückständigen“ Ländern auf keinen Fall gehoben werden dürfe. „Wenn wir den Lebensstandard dieser Völker heben“, so sagt Vogt, „dann müssen wir mit einer rascheren Zunahme der Zahl der Männer, Frauen und Kinder rechnen“. Deshalb sollen noch nicht einmal „die allerprivatsten Gesundheitsmaßnahmen“ getroffen werden. Keineswegs dürften die Geißeln der asiatischen und afrikanischen Völker — Malaria, Cholera und Typhus — beseitigt werden, um die Sterblichkeit zu vermindern, weil sonst die amerikanischen Bemühungen im „Zustrom hungriger Mäuler versacken“ würden.

So sieht also das Programm der amerikanischen Menschheitsbeglucker aus. Welcher Tor will da etwa annehmen, daß in Westdeutschland nicht genau so verfahren würde? Gebören nicht die amerikanischen Pläne, ein westdeutsches Söldnerheer aufzustellen, dazu? Unsere Jugend soll für die Durchsetzung dieser amerikanischen Welt Herrschaftsgelüste sterben. Aber die Völker sind nicht begeistert von den Plänen der amerikanischen Imperialisten. Das fühlt auch Herr Vogt, und deshalb seufzt er: Im Augenblick wird man sich in vielen Teilen der Welt zu Onkel Sams Versprechungen, gelinde gesagt, mit Argwohn verhalten. Herr Vogt irrt jedoch, dieser Argwohn besteht nicht nur im Augenblick, sondern er wächst zusehens an und wird sich in Abscheu verwandeln. Gebrannte Kinder scheuen das Feuer.

„Kulturträger“ der USA

Der frühere amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, der Mann, der seine „Handschuhe auszuhängen“ wollte, sie dann aber doch anbehielt, um keine kalten Finger zu bekommen, General A. D. Lucius D. Clay, heute irgendwo in den USA Versicherungsagent, hat seine Erinnerungen geschrieben. „Entscheidung in Deutschland“ nennt er sie, obgleich ihr Inhalt im wesentlichen nichts anderes ist, als eine Entschuldigung, als der Versuch, die Spaltungspolitik der USA in Deutschland zu rechtfertigen und die Ursachen für dieses riesige monopolkapitalistische Geschäftsmanöver der — Sowjetunion in die Schuhe zu schieben.

Lucius, der an der Moskauer Außenminister-Konferenz teilnahm, berichtet darüber u. a.:

„Ich wettete mit ihm (Murphy), daß es mir gelingen würde, hineinzukommen, ohne meinen offiziellen Ausweis vorzuzeigen. Ich war in Uniform, und täglich, wenn die Wache ihre Hand nach meinem Ausweis hinstreckte, grüßte ich den Posten und schritt vorüber; regelmäßig zuckte seine Hand zum Gruß, während ich, den Ausweis noch in der Tasche, weiterging. Es klappte jedesmal. Das bewies mir, daß sowjetische Soldaten genau so Menschen sind wie Soldaten in andern Ländern auch. Wenn sie mich angehalten hätten, wäre es vielleicht weniger amüsant gewesen: Ich war gewohnt, in der Aktentasche eine kleine, automatische Pistole zu tragen; warum weiß ich eigentlich nicht, denn ich nahm die Tasche selten mit.“

So also benahmen sich Vertreter der USA die in Moskau mit entscheiden sollten über das Schicksal eines 70-Millionen-Volkes. Die Episode kennzeichnet den Mann, der als Militär-Gouverneur „Entscheidung in Deutschland“ spielte und auf einer Außenminister-Konferenz wie ein dummes Junge eine Wette abschloß, daß er sich unbehelligt durch eine sowjetische Wache schlängeln könne. Angstlich ist ihm dabei ja gewesen, diesem „vorbildlichen“ Soldaten und General. Aber die „sowjetischen Soldaten waren genau so Menschen wie Soldaten in andern Ländern auch.“

Dann ist da noch der kürzlich verstorbene stellvertretende amerikanische amerikanische

Stadtkommandant von Berlin, Oberst William T. Babcock. Seine Leiche wurde mit Flugzeug nach Washington gebracht. An seinem Sarge standen zwei Frauen, von denen jede behauptet, rechtmäßig mit ihm getraut zu sein, die eine vor 30 Jahren in den USA, die andere Ende 1946 in Königstein. „Zieh nicht an den Rhein, mein Sohn, ich rate Dir gut“, könnte Babcock heute sagen, wenn er noch lebte; denn der ersten Frau hinterläßt er drei Kinder, der zweiten einen Sohn. Selbst in den USA ist die sonderbare Geschichte um Babcocks Doppelhe, Bigamie genannt, unangenehm aufgefallen. — So sehen die führenden Kulturträger aus, die „Gottes eigenes Land“ nach Deutschland schickt, um ihm das „Heil“ westlicher Demokratie und Freiheit zu bringen.

Das ist die Wahrheit über Amerika



Ein Schirmflicker wartet in der Nähe der Brooklyn-Brücke in New York auf Kundschaft. Es ist anzunehmen, daß er als „Gewerbetreibender“ nicht zu den 4 Millionen Unglücklichen gehört, die in „Gottes eigenem Land“ arbeitslos oder kurzbeschäftigt ihr Leben fristen müssen.

„Schuffahrt“ schon gebremst

„Schuffahrt der Preise“ lautete eine der verschiedenen Ankündigungen zu Beginn des Winterschlussverkaufs. Auf eine solche Schuffahrt hat der Verbraucher mit schmalen Geldbeutel ja schon lange gewartet und er würde sie gerne mitmachen, wenn sie rechtzeitig gekommen und nicht eine einmalige Angelegenheit wäre, wie z. B. bei diesem Winterschlussverkauf. Am vergangenen Montag war in den Läden kaum durchzukommen, eine wahr Völkerwanderung der Frauen ergoß sich in die Geschäfte und viele warteten schon vor Ladeneröffnung an den Türen, um beim Wettrennen um die billige Ware nicht zu spät zu kommen. Am Beginn der zweiten Woche des Winterschlussverkaufs bietet sich schon ein ganz anderes Bild. In so manchen Geschäften beobachtet man nur noch normalen Kundenverkehr und nur vereinzelt sieht man noch von Käufern umdrängte Ladentische. Textilien sind immer noch am meisten gefragt und das Interesse scheint sich jetzt mehr auf die Stoffe und Garne als auf die Fertigwaren zu konzentrieren. An manchen Tischen sind die unteren Preislagen bereits gestrichen. Die Schuffahrt ist also bereits beendet und in den „höheren Lagen“ wird sie durch die mangelnde Kaufkraft gebremst. Daß der Bedarf an billiger und guter Ware schon gedeckt ist, wird wohl niemand zu behaupten wagen und so dürfte die ganz erhebliche Beruhigung des Geschäfts beim Winterschlussverkauf bereits nach der ersten Woche noch erneut bestätigen, daß die Kaufkraft der breiten Masse bereits so eingeschrumpft ist, daß ihnen selbst bei dieser „Schuffahrt der Preise“ schon die Puste ausgegangen ist und sie aus Mangel an Pulver nicht mehr mitmachen können.

Dr. Maiers politisches Falschspiel

Ministerpräsident mimt Opposition gegen Besatzungsmacht Es ist der gleiche Mann, der sie „auf den Knien“ bat, hierzubleiben

Dr. Maiers politisches Falschspiel Ministerpräsident Dr. Maier hat eine Erklärung an die württembergisch-badische Bevölkerung veröffentlicht, in der heftige Vorwürfe gegen den amerikanischen Landeskommisssar, General Gross, erhoben werden. Während früher ein enges Vertrauensverhältnis zur Militärregierung bestanden habe, sei es in den letzten Wochen zu ersten Auseinandersetzungen gekommen. Durch unbewiesene, nicht schlüssige und unvollständige Nachrichten, welche aus dem Landeskommisariat stammen oder von dort weitergegeben werden, erfahre die Innenpolitische Lage eine beinahe täglich wachsende Belastung. Die württembergisch-badische Regierung werde bekämpft von Machtfaktoren, welche außerhalb der Bevölkerung und des deutschen Verfassungslebens stehen.

nicht die Bundes- und Länderministerien regieren, sondern „Machtfaktoren, welche außerhalb der Bevölkerung und des deutschen Verfassungslebens stehen.“ Was versteht Dr. Maier überhaupt unter „deutscher Verfassungsleben“? Er ist doch ein eifriger Verfechter des Bonner Grundgesetzes, das nicht vom deutschen Volk beschlossen, sondern nach den „Empfehlungen“ der Westmächte gemacht wurde. Und diese haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß, wer das Bonner Grundgesetz annahm, damit zugleich auch das Besatzungs- und Ruhrstatut anerkannte, wonach die Hohen Kommissare, die Ruhr- und Sicherheitsbehörde, der oberste „Machtfaktor“ in Westdeutschland sind. Aber Dr. Maier und seine Koalitionsfreunde wollen die Bevölkerung hinwegtäuschen über diese Tatsache, die nur von der Kommunistischen Partei immer wieder aufgezeigt werden.

dischen Verfassung garantierte Recht der Arbeiterschaft? Ganz im Gegenteil, damals war Dr. Maier voll einverstanden, und sicher nicht unbeteiligt an jener Entscheidung, die dem Unternehmertum so gelegen war.

das dringende Bedürfnis, ihre Popularität etwas aufzufrischen, unter Umständen wäre auch ein Abgang in der Rolle des „nationalen Märtyrers“ ein zugkräftiger Agitationskammer für die kommenden Landtagswahlen. Es fragt sich nur, ob unsere Bevölkerung Dr. Maier diese Rolle noch glauben wird. Wer, wie es Dr. Maier von sich selbst sagte, die amerikanische Besatzung auf den Knien bitte, daß sie in Deutschland bleibe, der kann sich auch nicht darüber beklagen, daß ihre Generale bei uns regieren. Dr. Maier und alle westdeutschen Marshallplanpolitiker tragen dafür die volle Mitverantwortung, weil sie den Westmächten geholfen haben, Deutschland zu spalten und den westdeutschen Separatstaat in koloniale Abhängigkeit von fremden kapitalistischen Mächten zu bringen. Wer das demokratische Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes über seine Regierung und seinen Staat will, der muß mit den Kommunisten eintreten für die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und seine Räumung von den Besatzungstruppen, wie dies die Sowjetunion wiederholt vorgeschlagen hat.

General Gross sagt in einer Gegenerklärung, die württembergisch-badische Bevölkerung solle nicht zulassen, daß ihre Aufmerksamkeit von dem Fall Meyer-May-Ströbe auf einen Fall Maier-Gross abgelenkt werde. Darauf hat Ministerpräsident Dr. Maier in einer neuen Erklärung erwidert.

Dr. Maier möchte auch darüber hinwegtäuschen, daß er mit den „Einnischungen“ des amerikanischen Landeskommisars, gegen die er heute anscheinend so mutig auftritt, solange ganz einverstanden war und ist, solange diese seiner Politik günstig sind. Es wird daran erinnert, wie General Gross im vorigen Jahr die Gesetzesartikel über das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht erneut suspendierte. Hat Dr. Maier damals auch in aller Öffentlichkeit protestiert gegen diesen Eingriff in das von der württembergisch-badischen Verfassung garantierte Recht der Arbeiterschaft? Ganz im Gegenteil, damals war Dr. Maier voll einverstanden, und sicher nicht unbeteiligt an jener Entscheidung, die dem Unternehmertum so gelegen war.

Pläne für den Aufbau des Theaters prämiert

Keiner entsprach allen gestellten Forderungen

Der Wiederaufbau des Nationaltheaters an seiner alten Stelle, am Schillerplatz, stößt auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Der Stadtrat hatte sich schon mehrfach mit dieser Frage befaßt und in einer Sitzung, die die Stadtplanung zum Inhalt hatte, für die den Neubau eines Theaters im Schloß ausgesprochen. Die Lage dort scheint besonders im Hinblick auf die wahrscheinlich erhöhte Besucherzahl aus unserer Schwesterstadt Ludwigshafen und auch sonst hinsichtlich der Straßenbahnverbindungen und Parkmöglichkeiten günstig. Mit einem Ideenwettbewerb sollte der Sache näher getreten werden. Es war dabei gedacht an den Ausbau des rechten Schloßflügels zu einem „Großen Haus“ für Oper, Operette und größere klassische Schauspiele mit einem Fassungsvermögen für ca. 1250 Besucher und die Einrichtung eines „Kleinen Hauses“ für moderne Schauspiele, musikalische Komödien und kleine Spielopern mit Plätzen für 700 Besucher. Nach den bisher eingelaufenen Vorschlägen kam das Preisgericht zu dem Ergebnis, daß zwar Lösungen der gestellten Teilaufgaben erzielt werden konnten, aber andererseits keine der eingesandten Arbeiten eine allen Teilen befriedigende Lösung brachte.

kenweg 16; Erich Zimmer, cand. arch., Schifferstadt (Pfalz), Hofstückstr. 1.

Ankauf: Architekt BDA Dipl.-Ing. Erich Praetorius, Grötzingen (Baden), Eisenbahnstraße 8; Dipl.-Ing. Fritz Bornemann, Berlin-Wannsee, Nibelungenstr. 14; Professor Karl Wilhelm Ochs, Heidelberg-Dresden; Dipl.-Ing. Erhard Lucas, Dresden; Dipl.-Ing. Heinrich Röske, Dresden; Arch. Professor Werner Harting, Berlin-Wannsee, Bismarckstr. 69; Dipl.-Ing. K. Hebecker; Dipl.-Ing. B. Reinhard; Dipl.-Arch. U. Wollay.

Die Pläne sind ab 7. bis einschließlich 19. Februar 1950 in der Kunsthalle in Mannheim ausgestellt. Öffnungszeiten: Dienstag bis einschl. Samstag 10-13 und 14-16 Uhr, Sonntag durchgehend von 10-16 Uhr, Montag geschlossen.

„Mannem hinne“ und „Mannem vorne“ Das Theater des Volkes, Mannheim, veranstaltet unter dem Motto: „Mannem hinne“ und „Mannem vorne“ zwei Maskenbälle.

Der erste Maskenball findet unter dem Motto „Mannem hinne“ am Samstag, den 18. Februar, 20.11 Uhr, im „Kaisergarten“, Zehnstraße, und der zweite Maskenball „Mannem vorne“ am Sonntag, den 19. Februar, 20.11 Uhr, in den Räumen der Feina-Betriebe, K 2, statt.

Damit auch die kleinen und kleinsten Narren auf ihre Kosten kommen, veranstaltet das „Theater des Volkes“ an beiden genannten Tagen, nachm. 14.30 Uhr, zwei Kinder-Maskenbälle mit vielen Überraschungen und Prämierungen. Die Eintrittspreise sind sehr niedrig gehalten. Näheres wird noch bekanntgegeben.

„Akademischer Winter in Mannheim“ Mannheim. Am vierten Abend der Vortragsreihe „Akademischer Winter in Mannheim“ wird der vorgesehene Redner, Prof. Dr. Eberhard Schmidt, infolge Verhinderung nicht sprechen können. An seiner Stelle wird der bekannte Literaturhistoriker der Heidelberger Universität, Prof. Dr. Reinhard Buchwald, über „Die Dichterin Ricarda Huch und ihr Zeitalter“ sprechen.

Polizei-Streiflichter

„Straße, wie wunderbar...“ Beim Überqueren des Bahnüberganges in Rheinau kam ein Lastkraftfahrer, der unter Alkoholeinwirkung stand, in der Kurve von seinem Wege ab und geriet mit seinem Fahrzeug auf die Hauptgleise der Rheintalbahnstrecke. Die Berufsfeuerwehr mußte das Fahrzeug aus den Gleisanlagen herausheulen. Durch die Blockierung der Hauptgleise mußten zwei aus Richtung Schwetzingen kommende Schnellzüge im Bahnhof Rheinau angehalten werden, bis das Verkehrshindernis beseitigt worden war. Die Bundesbahn erlitt durch die zerstörten Weichenanlagen einen Schaden von rund 1000 DM.

buschviertel. Nach den bis jetzt vorgenommenen Ermittlungen gerieten sich dort polnische und deutsche Staatsangehörige in die Haare. Auch hier war einer der Beteiligten schnell mit dem Messer zur Hand. Als Resultat des Kampfes wurde in der Böckstraße ein schwerverletzter Pole aufgefunden, der verschiedene Messerstiche in den Leib und in die linke Schulter erhalten hatte.

Linien 21 und 22 ändern Fahrtrichtung

Wie die Straßenbahn mittelt, werden die Linien 21 und 22 am Montag, dem 6. Februar über Schloß, Paradeplatz, Rheinstraße, statt wie bisher über Schloß, Rheinlust, Rheinstraße verkehren. Die über Parkring ausgestellten Strecken- und Schülerkarten behalten ihre Gültigkeit über Schloß, Paradeplatz, Rheinstraße.

Alster

Mordprozeß Dr. Jordan

Der Film behandelt jenen sensationellen Mordprozeß Dr. Hau, der vor etwa vier Jahrzehnten die Öffentlichkeit in Deutschland so sehr erregte. Der durch einen fast lückenlosen Indizienbeweis überführte Täter — in diesem Film Dr. Jordan — leugnete seine Schuld bis zuletzt und hat den Schleier von seinem Geheimnis auch nicht gelüftet, als er einige Zeit nach der Verbüßung seiner 15jährigen Zuchthausstrafe freiwillig aus dem Leben schied. Im Film aber gesteht Dr. Jordan kurz vor seinem Freitod seine Tat der Frau, die zu gewinnen er das Verbrechen beging und die bisher fest an seine Unschuld glaubte.

Dieser Teil des Films, von der Rückkehr des Zuchthäusers in eine veränderte Welt bis zu der Erkenntnis, daß die begehrte Frau für ihn doch verloren und er verfehmt ist, ist der wertvollere. Ein Mann aus dem Volke sagt in dem Film von dem Angeklagten: „Wenn er wirklich nicht unschuldig ist, dann muß er ein ganz großer Schauspieler sein.“ Rudolf Fernau rechtfertigt diese Meinung als Dr. Jordan vollauf mit einer psychologisch überaus fesselnden Darstellung dieser umstrittenen Persönlichkeit.

Messerstechereien im Rausch

Mannheim. Das Wochenende war besonders gekennzeichnet durch eine Reihe von Schlägereien und Messerstechereien, wobei der Alkohol wieder eine wesentliche Rolle spielte. Ein sehr erster Vorfall ereignete sich in Neckarau. Dort fuchtelte in einer Gruppe von Menschen ein Raufstülgler mit einem Küchenmesser herum, wobei ein Arbeiter aus Neckarau einen lebensgefährlichen Stich ins Gesicht erlitt und mittels Krankenwagens des RK nach dem Städtischen Krankenhaus verbracht werden mußte. Ein zweiter Gast trug einige schwere Kopfplatzwunden davon. Die in Frage kommenden drei Täter, darunter der Messerstecher, konnten festgenommen werden.

Zu einer weiteren schweren Auseinandersetzung kam es in einem Lokal im Jung-

Öffentliche Stadtratssitzung

Mannheim. Am Dienstag, den 7. Februar 1950, 15.30 Uhr, findet im Turmsaal des Rathauses K 7 eine öffentliche Stadtratssitzung statt. Auf der Tagesordnung stehen die Punkte: Straßenbahnunglück in der Karl-Benz-Straße, Aenderung der Versorgungsatzung für die Arbeiter, Naturschutzmaßnahmen. Eintrittskarten werden wie üblich in den Geschäftsstellen der politischen Parteien und im Sekretariat des Oberbürgermeisters ausgeben.

klären, warum Herr Dahlinger auf die Stelle des Hafendirektors von Mannheim spekuliert haben soll, denn Dr. Amend ist trotz seiner hohen Staatsfunktion seiner Vaterstadt Mannheim bisher „treu“ geblieben.

Mit der Amtsenthebung Dr. Amends ist es nicht getan. Die Bevölkerung verlangt, daß er in vollem Ausmaß für die von ihm verschleuderten Gelder persönlich haftet.

Demonstration gegen Korruption

Kommunisten fordern parlamentarischen Untersuchungsausschuß

Die Bevölkerung Karlsruhes hat aktiv zu dem Skandalfall Dr. Amend Stellung genommen. Ein Demonstrationszug unter Führung der kommunistischen Stadträte bewegte sich zum ehemaligen Staatsministerium, wo Dr. Amend seine „kostspielige“ Wohnung inne hat. Unterwegs wurde in Sprechchören der Ruf laut: „CDU-Amend gehört ins Gefängnis!“ Transparente mit der Aufschrift „Erwerbslose, habt ihr auch Amend-Wohnungen für 130 000 Mark?“ und „CDU-Finanzpräsident verschleudert das Geld des Volkes“ verfehlten ihre Wirkung auf die Bevölkerung nicht. Am Versammlungsort hatte sich die Zahl der Demonstranten ganz wesentlich gesteigert. Dr. Amend hat sich in sein Wochenendhaus verrochen. Stadtrat Dietz hielt eine Ansprache, in der er einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Überprüfung dieses neuerlichen Skandals forderte.

Der Skandal des Landesdirektor Amend

Er verschleuderte öffentliche Gelder / Allein 130 000 DM für Luxuswohnung ausgegeben / Andere Fälle stehen offen / Hochbaureferat mit verantwortlich / Nach Ablehnung des freiwilligen Rücktritts Amend seines Postens enthoben

Karlsruhe. (EB) Karlsruhe, die Pseudohauptstadt unseres Landes, hat ihren Skandal, wie ihn Stuttgart besitzt. Stellvertreter der Landesdirektor der Finanzen, Dr. Karl Amend, ist seines Postens enthoben worden, nachdem er sich geweigert hatte, freiwillig wegen schwerer Verstöße gegen seine Dienstpflicht zurückzutreten. Bei dem Wiederaufbau des ehemaligen Staatsministeriums in Karlsruhe hat sich Dr. Amend der Verschleudering öffentlicher Gelder schuldig gemacht. Im Prüfungsergebnis wurde festgestellt, daß allein für die Ausgestaltung seiner luxuriösen Wohnung 130 000 DM aufgewandt wurden. Dr. Amend wollte es offenbar auf Kosten der Steuerzahler den Größenwahnsinnigen der Reichskanzlei gleich tun. Er hat es beispielsweise nicht unter einem Arbeitszimmer, daß 50 qm groß war, getan.

gemacht. Wir wissen nicht, ob dies die Verschwendungswut des stellvertretenden Finanzdirektor Dr. Amend gezeugt hat und wir ansonsten mit noch mehr Steuergroschen heute rechnen müßten, die diese CDU-Größe ausgegeben hätte.

Es besteht berechtigter Grund, anzunehmen, daß die Wohnungsgeschichte nicht der einzige Fall Dr. Amends ist und wir verlangen, daß über die eingeleitete Untersuchung die Öffentlichkeit genauestens unterrichtet wird, um so mehr, als in der Angelegenheit die Langmut des Finanzministers Dr. Kaufmann gegenüber dem stellvertretenden Landesdirektor Dr. Amend nicht verständlich ist, denn was sich jetzt zum Skandal ausreift, haben seit Monaten in Karlsruhe die Spatzen von den Dächern geffiffen und war ja auch Dr. Kaufmann nach den Behauptungen Dr. Amends bekannt.

Das Entnazifizierungsverfahren von Dr. Amend wird in der ganzen Angelegenheit auch etwas abbekommen. Es war zwar wieder aufgegriffen, aber — wie hätte man es anders erwarten dürfen — er war wieder als „nicht betroffen“ durch die Maschen geschlüpft! Eine unrichtige Angabe auf seinem Fragebogen wurde ihm einfach als „entschuldigbarer Formfehler“ unterstellt. Man chemalige Chefkläger der Zentralsprachkammer, Dahlinger, im politischen und persönlichen Freundeskreis Dr. Amends zu suchen? Vielleicht gibt es Fäden, die er-

Die Überprüfung des Rechnungshofes hat eine Ausgabe für den Wiederaufbau des ehemaligen Badischen Staatsministeriums in Karlsruhe von 330 000 D-Mark festgestellt. 130 000 gab Amend für seine Wohnung dabei aus. Er selbst behauptete, daß der württembergisch-badische Finanzminister und Landesbezirkspräsident, Dr. Kaufmann, von diesen Ausgaben wußte und nie Kritik geübt habe, als er ihm die Dinge unterbreite. Daß er 130 000 Mark auf Staatskosten für seine Wohnung ausgegeben hat, fand Amend ganz in Ordnung, denn er meinte, die Angelegenheit „entbehre jeder Sensation“. Mit dieser Begründung glaubte er auch, das freiwillige Ausscheiden aus dem Amt abzulehnen zu müssen. Inzwischen hat der Finanzminister Dr. Kaufmann seine Beurlaubung angeordnet.

Jeder vernünftige Mensch fragt sich, wie es möglich gewesen ist, daß Dr. Amend mit Staatsgeldern, offenbar unkontrolliert, die Finanzierung eigener Wünsche durchführen konnte und man erst hintennach entdecken mußte, was eigentlich bei dem Wiederaufbau des Staatsministeriums in Karlsruhe vorging. Die CDU fühlt sich scheinbar in Karlsruhe auch nach dem Tode des Finanzministers Dr. Köhler in ihrem eigenen Königreich, wo sich dann die Herren Landesdirektoren herausnehmen können, was sie wollen. Daß Dr. Amend auch das Hochbaureferat im Landesdirektorium mit unterstand, war wohl ein Grund mehr, der es ermöglichte, daß seinen Luxuswünschen nach jeder Richtung hin Rechnung getragen wurde.

Daß erst, nachdem das Geld verschleudert war, nun eingegriffen wurde, ist deshalb empörend, was es nicht an warnenden Stimmen in der Öffentlichkeit gefehlt hat. Die Presse, auch unsere Zeitung, hat bereits vor längerer Zeit auf die Vorgänge aufmerksam

Karneval mit politischem Beigeschmack

Mannheim. -qu- Unter Anwesenheit Bürgermeister Trumpfhellers — „ein Zeichen dafür, daß die Narretei auch auf dem Rathaus herrscht“ — wie der Präsident sagte — leuchteten am Samstagabend die karnevalistischen Sterne 1950 der „Fröhlich Pfalz“ in den bunt dekorierten Flora-Sälen der Neckarstadt. Aeußerliche Zeichen: Ein überfüllter Saal und gehobene Stimmung.

Fritz Körner lag gleich zu Beginn auszeichnet. „Der May ist gekommen und die Entnazifizierung schlägt aus...“ — Rudi Wöhner gewohnt blendend. „Unsere Waltraud“, auffallend beliebt, charmant und mit jugendlichem Temperament: „Mon cherie nennt man sein Dirndl...“ Rasender Beifall wünschte immer neue Zugaben. Sie erzeugte Windstärke 11.

Dem Bürgermeister Trumpfheller wurde auffallend der Hof gemacht. Er bekam die Narrenhütze verliehen. Dann stieg er in die Bütte. „Für die Stadtverwaltung besteht kein Narrenverbot“ meinte er.

Humorvoll berichtete er über deren „Narretei“ im Jahre 1949.

Die beiden Ballettenseen tanzten und stiepen routinierter. Ihr Kostüm lockte manches Opernglas hervor. — Zwei „Schüler“ unterhielten sich über jene, die den „Zerbrochenen Krug“ nicht kaputt gemacht haben. — Ein Brezelverkäufer aus der „Filzbach“ — als Gast der „Grokagel“ — war ungemein gelungen. „Ich wollte ursprünglich OB werden, weil da kein Mensch weiß, was man verdient.“ Weiterhin: Warum man nicht Bonn nach Wiesloch verlegt? — Bei dieser Gelegenheit: Die Spaltung zwischen „Fröhlich Pfalz“ und „Feuerlo“ (die „besseren Leute“) liegt Carl Biepp mit Recht schwer auf dem Magen. — Die Ranzengarde war entmilitarisiert und reduziert.

Ein Opernsänger des Nationaltheaters lud ein „... in die Gondel“ — Herr Schwarz war ein Original in der Bütte.

Ein munterer Schwabe brachte direkt aus Stuttgart das Neueste von May-Meyer. Das Thema ist gefährlich populär. — Körnerbauer boten in ihrem „Referat“ ein Zeichen für die vollstimmige Ablehnung von Bonn. (Starker Beifall). „Seit Bonn sind wir über den Berg. Nun geht es laufend abwärts.“ Im übrigen: Noch eine Fülle von wirklich ausgezeichneten Darstellungen. Abschließend darf behauptet werden: Es war der bisher beste Abend der „Fröhlich Pfalz“. Carl Biepps Regie ist anerkennenswert.

„Die Frau in den Wechseljahren“

Mannheim. Am 9. Februar, um 17 Uhr, wiederholt der Deutsche Gewerkschaftsbund — Orsausschuß Mannheim — Frauensekretariat — im großen Saal des Krankenhauses Mannheim, für die weiblichen Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes den Vortrag von Dr. Wittenbeck über das Thema „Die Frau in den Wechseljahren.“

Der Betriebsrat im Kleinbetrieb hat es schwer

Mannheim. -qu- Zwei Betriebsräte einer Elektrofirma in Sandhofen hatten wiederholt mit dem Unternehmer verhandelt, um die tarifliche Entlohnung der gewerkschaftlich organisierten Belegschaft durchzusetzen. Nicht nur, daß alle Bemühungen der Betriebsräte in dieser Richtung ohne Erfolg blieben, erdreistete sich der Unternehmer, den beiden Betriebsräten zu kündigen. Dabei hatte er sich aber — abgesehen von der gesetzlichen Unzulässigkeit seiner Handlungsweise — auch in der entschlossenen Stellungnahme der Belegschaft verrechnet.

In einer Betriebsversammlung — in Anwesenheit des Betriebsinhabers — lehnte die Belegschaft einstimmig die Kündigung der Betriebsräte ab. Außerdem erklärten die Arbeiter, unter Umständen über das Arbeitsgericht die volle Höhe ihrer tariflichen Löhne zu fordern. Ein schönes Beispiel der engen Verbundenheit zwischen Betriebsrat und Belegschaft. Ebenfalls solidarisch sollten sich alle Arbeitnehmer hauptsächlich in den Handwerksbetrieben in ähnlichen Situationen verhalten. Es wäre unbedingt notwendig, allen Kündigungen der Tarifverträge von seiten der Handwerkerinnungen endlich die gebührende Antwort zu erteilen.

Von der Belegschaft im Stich gelassen Bei einer Spengler- und Installationsfirma in Mannheim-Wallstadt war die Frage der Entlassungen akut geworden. Daraufhin kamen Betriebsrat und Betriebsinhaber mit der Gewerkschaft, Industrieverband Metall, überein, im Interesse der Belegschaftsmitglieder vorübergehend Kurzarbeit einzuführen. Bald darauf besann sich der Unternehmer

aber eines anderen, weil er plötzlich befürchtete, durch Kurzarbeit eventuell seine besten Facharbeiter einzubüßen. Er durchbrach die zuvor gefähte Vereinbarung, und es kam zu Differenzen zwischen Betriebsrat und Unternehmer. Ein an den Haaren herbeigezogener Grund veranlaßte den Betriebsinhaber — in Abwesenheit des Betriebsratsvorsitzenden — die Belegschaft zu einer Versammlung zusammenzurufen. Dort stellte er die Frage der Entlassung des Betriebsrates. Willige Werkzeuge des Unternehmers machten Stimmung gegen den Betriebsrat. Es kam dann zur Abstimmung.

Obwohl ein derartige Abstimmung jedem Rechtsgrundsatz Hohn spricht, wurde sie doch durchgeführt. Die große Mehrheit entschied sich für die Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden.

Nicht genug damit, daß der Unternehmer die gesetzlichen Bestimmungen überhaupt nicht respektiert, so ist es bedauerlich, daß die Belegschaft sich täuschen ließ und die Absicht des Arbeitgebers nicht verstand, der sie durch Ausschaltung des Betriebsrates nun vollkommen von jeder Verbindung mit den Gewerkschaften löste.

Vortragsreihe Akademischer Winter in Mannheim Prof. Dr. jur. Eberhard Schmidt ist leider verhindert, seine Vorlesung über „Rechtstaat und Justiz“ zu halten. An seiner Stelle spricht Prof. Dr. phil. Reinhard Buchwald, Universität Heidelberg über „Die Dichterin Ricarda Huch und ihr Zeitalter“ am Mittwoch, 8. Februar, 19.30 Uhr in der Aula der Wirtschaftshochschule Mannheim Eintritt fre!

Werner's moderne Kleiderpflege chem. Reinigung Mannheim, S 3, 13 Betrieb U 1, 6 Tel. 434 24

Aus dem Rheita-WERK Lakriment der HUSTEN-SIRUP mit Doppelwirkung energische Hilfe bei Husten

Brachland unter dem Vierschärpflug

Eine Erzählung aus einer MAS in der Deutschen Demokratischen Republik

In dichten, undurchdringlichen Schwaden lagen die milchigen Herbstfrühen im Bruch, umschlichen das Moor und klammerten sich gespenstisch an die zartblättrigen Birken und die dickköpfigen Weiden. Hohl, nur äußere Rinde mit dem dünnen Fleisch, ohne Eingeweide und Mark, hielten die Weiden in ihrem geöffneten Bauch die tanzende, flimmernde Nebelbrut gefangen. Ihre gnomhaft struppigen Köpfe grüßten wie Trolle in den frühen Morgen hinein. Das war die Zeit, wo sie sich wohl fühlten, wo sie sich sättigten an Wasser und Tau von unten und oben.

Von der nahen Maschinen-Ausleihstation erklangen die ersten Schritte der Traktoren, schallten die ersten Hammer-schläge auf den hell klingenden Amboß hernieder.

„Mußt noch warten, Fred?“, vernahm man aus der silhouettenhaft daliegenden Station, „wirst auf deinem Traktor den Weg nicht finden in das Moor.“

„Ich werde wie der Deubel selbst fahren und den Nebel auseinanderjagen“, hörte man, jugendlich lachend, die Antwort.

„Wirst mit der Maschine in den Graben fahren und dir Hals und Knochen brechen“, erscholl wieder die Stimme einer der Unsichtbaren von der Station.

„Den Gefallen tu ich weder dir, noch dem Nebel. Ich hab' mir in den Kopf gesetzt, das letzte Stück da hinten an der Wegscheide heute zu umbrechen. Sieh mal, wie mein alter Freund, der wackere Raupenschlepper, darauf wartet, hinaus zu kommen.“

Fred, der junge Traktorist, einer der erfolgreichsten der Station, erklimmte darauf den Sitz seines eisernen, starkpferdigen Freundes.

„Schmeiß den Hengst an“, rief er in den frühen Morgen hinein.

Ein lautes Knattern zerbrach die Stille. Aufbäumend und vibrierend, schluckte der Motor seinen ersten beißenden Trank und knallte freudig aus dem Auspuff wie zum Dank die Gase. Fred gab Vollgas und ließ den Motor auf Leerlauf arbeiten. Dumpf und grollend stöhnten die Kolben im Zylinder, es schien, als ob sie den Block und das ganze Gehäuse des Motors sprengen wollten.

„Sachte, alter Junge, wirst heute noch genug Gelegenheit haben, zu brummen“, sagte Fred und streichelte den Gashebel mit seinem Fuß. „Ich fahre“, rief er seinem Chef zu. „Bring mir mein Mittagessen mit, wenn du nachher raus kommst.“

Fauchend setzte sich der Traktor, nachdem Fred die Kuppelung getreten hatte, in Bewegung. Ueber den holprigen, zerfurchten Feldweg ratterte das Ungetüm, der weiche Boden des Moores zitterte und stöhnte unter seiner Last. Erst als der junge Traktorist den Feldweg hinter sich hatte, und auf die weite Fläche des Moores einbog, drückte er den Gashebel vollends hinunter. Der Traktor wogte sich nach rechts und links auf den Schollen des grobgepflügten Neulandes. Watscheld ent-rann ein Igel querfeldein, der in seiner Mäusejagd gestört worden war.

„Morgen, Swinigel!“ rief Fred ihm zu, „hättest beinahe die letzte Maus gefressen. Wäre schade um dich gewesen, du stach-liger Geselle!“

An seiner Arbeitsstelle angekommen, hing Fred den stählernen Vierschärpflug an und klopfte seinem Eisenpferd ziemlich un-sansft mit der flachen Hand auf den Bauch.

„Mach's gut, alter Freund, und laß mich nicht im Stich“, rief er ihm zu. Runde um Runde des weitdehnenden Feldes zog der Traktor. Dünne Sträucher und krüppelige Birken, hochgewachsene Blumen und kleine weiße Vollgräser verschwanden unter den breiten Schollen des schwärzschimmernden Moores. Fred pffte eine lustige Weise vor sich hin. Der Nebel zerbarst plötzlich und zerstob in die lichte Helle der Weite.

Gläsern und wässrig erschien der flimmernde Ball der Sonne und brachte die Wärme. In dem umliegenden Gestrüpp erscholl das Gezirpe der Meisen und das freche Schlip-Schlip der Moorspatzen, dieser Frolen der Vogelwelt. Gar bald waren auch die ersten Raben und Saatkrähen da, suchten in den Furchen nach den fei-

sten Schnecken und den dicken Engerlingen. Schlau stolzierte der große Kohlra-be gemessenen Schrittes über die braunen Schollen und äugte nach dem stinkenden Ungetüm, das einen so gewaltigen Krach machte.

Mit dem SIS kam gegen Mittag der Werkstattleiter, brachte Petroleum und das Essen mit der Milch. Doch Freds Pause dauerte nicht lange. Gar bald hatten er und sein Traktor sich den Bauch vollge-schlagen und voller Tatendrang ratterten Pferd und Reiter wieder über die weite Fläche.

Die Sonne war längst hinter dem fern-n Wald verschwunden, als Fred seine letzte Runde drehte. In ihm pulsierte das heiße Blut der Jugend. Durch Anstren-gung, Arbeitsfreude und innerer Selbstzu-friedenheit über das Geleistete des Tages, verspürte er nicht die heranbrechende Abendkühle. Vom Sitz seines eisernen Freundes aus überschaute er nochmals die stätliche Fläche, die er heute geschafft hatte, spuckte dann kräftig aus und sagte vor sich hin: „Müßte doch gelacht sein,

Angesichts des heutigen Kampfes der bei-den Lager, des Lagers der Demokratie und des Sozialismus und des Lagers der imperia-listischen Ausplünderung, kommt der Lehre Lenins von den beiden Kulturen eine beson-ders große Bedeutung zu. Lenin wiederlegte die bürgerlich-nationalistische Theorie von der einheitlichen Kultur in den kapitalisti-schen Staaten und lehrte, daß es in einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft keine ein-heitliche Kultur gibt und auch nicht geben kann. Er schrieb im Jahre 1913: „Es gibt in jeder modernen Nation zwei Nationen. . . Es gibt in jeder nationalen Kultur zwei nationale Kulturen.“

Die eine Kultur ist die, die unter dem Druck des Kapitals von der Arbeiterklasse, ihren Ideologen und Vertretern geschaffen wird. Die andere ist die Kultur der Aus-beuterklasse. Die erste existiert in der Ele-mentarform einer neuen Kultur. Da die herr-schenden Klassen ihr alle Möglichkeiten zur Weiterentwicklung versperren. Die zweite Kultur ist die herrschende, denn sie dient den Interessen der bürgerlichen Klassen und hat alle Möglichkeiten, ihre Stellung zu be-haupten.

Lenin sagte: In jeder nationalen Kultur gibt es — wenn auch unentwickelte — Ele-mente demokratischer und sozialistischer Kultur, da jede Nation eine wertvolle und ausgebeutete Klasse besitzt, deren Lebens-beingungen unvermeidlich, eine demokra-tische und sozialistische Ideologie erzeugen. Aber in jeder Nation gibt es auch eine bür-gerliche Kultur (und in der Mehrzahl der Fälle eine noch erzklerikale und klerikale), und zwar nicht nur in der Form von „Ele-menten“, sondern als herrschende Kultur.“

Lenin lehrte die Arbeiterklasse, daß, ob-wohl die demokratische und sozialistische Kultur in der bürgerlichen Welt nur in der Form von „Elementen“ existiert, gerade die-ser Kultur die Zukunft gehört, und zwar deshalb, weil gerade sie die besten Tradi-tionen der nationalen Kultur unterstützt und weiterentwickelt, weil gerade sie dem Ver-fall und der Dekadenz der ausbeuterischen Kultur der Bourgeoisie in der Epoche des Imperialismus zu widerstehen vermag.

Am Beispiel des ersten imperialistischen Weltkrieges zeigte Lenin auf, daß das Fort-bestehen des Kapitalismus eine riesige Ge-fahr für die Weltkultur darstellt. Er sagte: „Dieser Krieg stellt die Menschheit vor das Dilemma: entweder Opferung der ganzen Kultur oder Abwerfen des kapitalistischen Jochs auf revolutionärem Wege, Beseitigung der Herrschaft der Bourgeoisie, Eroberung der sozialistischen Gesellschaft und eines dauernden Friedens.“ Lenin wies darauf hin, daß der historische Augenblick gekommen sei, wo die Bourgeoisie aus Furcht vor ihrem Untergang „alles Rückständige, Absterbende, Mittelalterliche unterstützt“ und daß sie „zu

wenn man nicht zwingt, was man sich vor-nimmt. Im nächsten Jahr wird der erste Hafer hier grünen. Der ausgeruhte Humus-boden wird, wenn er etwas Stickstoff be-kommt, eine gute Ernte bringen. Wir wer-den den letzten Brachlandstreifen umbre-chen, werden ihn kultivieren, damit das Stück Brot größer wird für uns alle.“

Auf der Station erwarteten ihn der tech-nische Leiter, der Kulturleiter und seine Kameraden, die von anderen Oealandstrei-fen mit ihren Traktoren schon längst heimgekommen waren.

„Hast du es geschafft, Fred?“ fragte ihn der Chef.

„Klar, was denn sonst“, gab er etwas verärgert über die ihm überflüssig erschei-nende Frage zur Antwort.

„Dann hast du heute einen Stations-rekord aufgestellt. Ich gratuliere dir!“

Als der Chef dann noch weitere Ausfüh-rungen machen wollte, unterbrach ihn Fred. „Gratuliert nicht mir, gratuliert dem da“, sagte er. Dabei zeigte er auf seinen eise-rnen Freund, den Traktor aus der Sowjet-union, der im vorigen Frühjahr viele tau-send Kilometer hierher verfrachtet worden war, um dem deutschen Menschen sein Brot sichern zu helfen. H. E. Siegrist

Ein Wegbereiter für den Sozialismus

Zur 80. Wiederkehr des Todestages von Alexander Herzen

Vor 80 Jahren, Ende Januar 1870, starb Alexander Herzen, einer der bedeutendsten russischen revolutionären Demokraten des vorigen Jahrhunderts, die von der revolu-tionären sozialistischen Bewegung nicht zu trennen sind. Er wurde am 6. April 1812 als Sohn eines liberal gesinnten russischen Ad-ligen in Moskau geboren. In die Zeit seiner frühen geistigen Entwicklung fiel der De-zemberaufstand von 1825 und die ihm fol-gende noch schärfere Unterdrückung jeder fortschrittlichen Geistesregung. Das machte Herzen zum bewußten Revolutionär. 1834, noch während seiner Studienzeit, geriet er zum erstenmal in die Fänge der zaristischen Geheimpolizei und in die Verbannung. Als ihm 1840 die Rückkehr nach Moskau gestat-tet wurde, fand er sich sofort wieder zu ei-nem revolutionären geistigen Kreis, zu dem u. a. auch Belinski gehörte.

1847 verließ Herzen Rußland, wo er zwei-mal verbannt worden war, und kam über Deutschland und Italien 1848 in das revolu-tionär brodelnde Paris. Nach dem blutig nie-dergeworfenen Juni-aufstand trieb ihn die

sich ausbreitende Reaktion nach London, wo er 1854 die „Freie russische Druckerei“ grün-dete und die revolutionären Zeitschriften „Polarnaja Swesda“ (Polarstern) und „Kokol“ (Die Glocke) herausgab. Sie setzten die Traditionen der Dekabristen — der Re-volutionäre des Dezemberaufstandes von 1825 — fort, brandmarkten die zaristische Unterdrückung und kämpften heiß und lei-denschaftlich für die Befreiung der Bauern und die revolutionäre Umgestaltung Ruß-lands.

Zu den Besonderheiten der klassischen russischen Philosophen gehört es, daß sie in ihren Erkenntnissen zwar viel weiter gin-gen, als z. B. die Vertreter der klassischen deutschen Philosophie, daß sie nahe heran- kamen an den dialektischen Materialismus, aber sich doch nicht zu ihm erheben konn-ten. Sie blieben utopische Sozialisten. Aber sie unterschieden sich dadurch weitgehend von den anderen, besonders den westeu-räischen utopischen Sozialisten, daß sie nicht den Illusionen verfielen, der Sozialismus könne auf dem Weg über Reformen, ohne Umsturz, ohne Revolution „kommen“. Für Herzen, wie für Belinski, Tschernischewskij u. a. war die Revolution der einzige Weg zum gesellschaftlichen Fortschritt.

Der Zusammenbruch der Revolution von 1848 ließ Herzens Begrenzungen und Schwä-chen noch stärker hervortreten. Der Zusam-menbruch seiner Illusionen spiegelte den „Zusammenbruch der bürgerlichen Illu-sionen im Sozialismus“ (Lenin). Diese Schwä-chen und das Beharren darin verhinderten auch, daß es zu einer Zusammenarbeit zwi-schen Marx-Engels und Herzen kam, obwohl sie jahrelang in der gleichen Stadt, in Lon-don, lebten.

Dennoch ist Herzen zeitlebens konsequen-ter Demokrat und Revolutionär geblieben. Ein Jahr vor seinem Tode, als er mit Ba- kunin und dessen anarchistischen Ideen ge-brochen hatte, „wandte er seine Blicke nicht dem Liberalismus zu, sondern der Interna-tionale, jener Internationale, die von Marx geführt wurde — „jener Internationale, die begann, die Heere zu sammeln, die Heere des Proletariats“ (Lenin).

Immer wieder hob Herzen in seinen Schriften, die ihm einen europäischen Ruf ein-brachten, die Einheit der Wissenschaft, die Einheit von Philosophie und Erfahrungs-wissenschaft, von Theorie und praktischer Anwendung hervor. „Der Mensch aber darf sich nicht mit der Betrachtung der ihm um-gebenden Welt begnügen, er muß handeln“, sagte er darin u. a. Der Vorwurf von Marx gegen Feuerbach: Die Philosophen erklär-ten nur die Welt auf die verschiedenste Weise, indes es darauf ankäme, sie zu ver-ändern, trifft also auf Herzen nicht zu.

Die Bedeutung Herzens auch für unsere Zeit kann nicht besser charakterisiert wer-den, als durch die Worte Lenins aus seinem Artikel „Herzen zum Gedächtnis“: „Die Ar-beiterpartei muß Herzens Gedanken, nicht spießbürgerlicher Lobgesänge wegen, son-dern um ihre eigenen Aufgaben zu klären, — indem das Proletariat Herzen feiert, lernt es an seinem Beispiel, . . . daß die unver-brüchliche Treue zur Revolution und der re-volutionäre Appell an das Volk auch dann nicht vergeblich sind, wenn ganze Jahr-zehnte die Ernte von der Saat trennen.“ Alice Stettiner.

Die sozialistische Kultur ist überlegen

jeder Barbarei und Bestialität, zu jedem Verbrechen bereit ist, um die untergehende kapitalistische Sklaverei zu erhalten.“

Die moderne Entwicklung beweist, wie recht Lenin hatte. Vor keiner Barbarei und Bestialität schreckt der Imperialismus zu-rück, um seine Existenz weiter zu sichern. Noch ist der Donner des zweiten Weltkrieges nicht verhallt, und schon haben die imperia-leren Kriege begonnen und drohen allen listischen Machthaber der USA und Englands mit der Vorbereitung eines noch verheeren-deren Völkermordes mit dem Verlust der nationalen Unabhängigkeit und der Vernichtung ihrer nationalen Kulturen.

Aber die Gefahr, die der Kultur von seiten des Imperialismus droht, besteht nicht nur darin, daß der Kapitalismus nicht ohne Kriege bestehen kann. In den wirtschaftli-chen, politischen und sonstigen Verhält-nissen des Imperialismus liegt die Ursache für die Entartung der Kultur. Eine beson-ders unruhliche Rolle in der Beschleunigung dieses Verfalls spielt die amerikani-sche bürgerliche Kultur mit ihrer Menschen-verdummung, mit ihrer bewußten Zielset-zung, die niedrigen Instinkte des Menschen zu wecken und die ganze Vielfalt der Ge-fühle, Gemütsregungen und Interessen der Menschen unter den dürftigen Standard der „amerikanischen Lebensweise“ zu bringen. Der moderne amerikanische Kosmopolitismus ist nichts anderes als das Bestreben der amerikanischen Imperialisten, die freien Völker zu unterwerfen und nach Vernich-tung ihrer nationalen Kultur auf dem gan-zen Erdball die „Kultur“ der amerikani-schen Sklavhalter zu errichten.

Aus diesem Grund ist der Kampf für Frie-

den, Demokratie und Sozialismus, der Kampf gegen Krieg und Imperialismus gleichzeitig auch der Kampf der beiden Kulturen — der demokratischen und sozialistischen Kultur einerseits und der sterbenden bürgerlichen Kultur andererseits. Dieser Kampf wird aber auch innerhalb der kapitalistischen Länder ausgetragen. Was hat z. B. die Kul-tur eines Romain Rolland und Louis Aragon, die die besten Traditionen der französischen National- und Weltkultur pflegten, mit der verächtlichen, durch und durch korrupten „Kultur“ eines Sartre und anderer Handlan-ger des Imperialismus gemein? Welche Be-ziehungen haben die amerikanischen Schrift-steller Howard Fast und Albert Maltz zu der großen Zahl der amerikanischen „Auch-schiffsteller“, die den kapitalistischen Markt mit pornographischen Büchern und Gangsterromanen überschwemmen? Die eine Kultur ist Leben und Fortschritt, die andere Tod und Verfall.

Lenin und Stalin lehren alle Werktätigen, die an einer neuen Blüte der Kultur brennend interessiert sind, daß es nur ein Weg zur Rettung der Weltkultur vor der Barbarei der imperialistischen Bourgeoisie gibt. Es ist der Weg des konsequenten Kampfes gegen den Kapitalismus, die Beseitigung der bürgerlichen Ordnung und die Schaffung einer neuen sozialistischen Gesell-schaft. Nur wenn die Fesseln des Imperia-lismus gesprengt sind und jegliche Unter-drückung beseitigt ist, kann das befreite Volk auf der Grundlage aller Errungenschaf-ten der Vergangenheit eine in ihren Prinzi-pien und ihren Entwicklungsmöglichkeiten einzig dastehende neue sozialistische Kultur schaffen. Dr. Mark Rosenthal.

LACHEN IST GESUND

Trost „Geld habe ich nicht, mein Fräulein. Mein Verstand ist mein Vermögen.“ „Trösten Sie sich — Armut schändet nicht!“

Lehrzeit Der Chef zum Lehrling: „Sie haben noch nicht einmal ausgereht, und da wagen Sie es, ein Lehrling zu küssen? Das erlaubt sich nicht einmal mein erster Buchhalter, der schon dreißig Jahre im Geschäft ist.“

Eine Freude „Früher spielte meine Frau immer Klavier. Aber seit wir das Kind haben, hat sie keine Zeit mehr zum Klavierspielen.“ „Ja Kinder bringen viel Freude.“

Zu spät Der Großkaufmann Hamburger bestellt beim Buchhändler ein Strafgesetzbuch. Da es nicht vorrätig ist, schickt der Buchhändler

ein paar Tage später einen Boten mit dem gewünschten Werk zum Kunden. Doch der Bote bringt das Buch zurück mit den Worten: „Ich kam zu spät, er sitzt schon.“

Das Erbe Er (stolz): „Wir haben das Genie unseres Vaters geerbt.“ Sie: „In wieviele Teile ging denn die Erbschaft?“

Verschnappt „Herr Lehrer, Hans kann heute nicht zur Schule gehen. Er ist stark erkältet.“ „Wer ist am Telefon?“ „Mein Papa.“

Der gute Sohn „Haben Sie auch Kinder, gnädige Frau?“ „Ja, einen Sohn.“ „Sicher ist's ein guter Sohn.“ „Aber gewiß. Er trinkt nicht, raucht nicht, bummt nicht, geht abends zeitig zu Bett und ist morgens früh wach.“

Wußten Sie schon . . .

. . . daß schon die alten Ägypter Brut-apparate benutzten, auf denen sie gleichzei-tig 7000 Eier ausbrüten konnten? Die Appa-rate wurden mit Dünger oder Stroh geheizt. . . daß mit dem bloßen Auge 3000 Sterne sichtbar sind? Mit dem Teleskop erblickt man aber eine Menge, die auf drei Milliarden geschätzt und in 50 Helligkeitsklassen einge-teilt werden.

. . . daß die Weichsel und die Oder bis zur Eisezeit in die Elbe flossen?

. . . daß die Hälfte des Meeresgrundes über 4000 m tief unter der Oberfläche liegt? . . . daß das Eis bei vier Zentimeter Stärke das Gewicht eines Mannes mittlerer Schwere trägt? Bei 40 Zentimeter Dicke widersteht es dem Druck schwerster Lasten.

digkeit gegen 0 Uhr 40 Minuten zu erwarten sein. Abweichungen von dieser Tendenz sind jedoch durchaus wahrscheinlich. Die Möglichkeit, ein Aufschlagen des Planeten auf den Mond und die damit verbundene Eruption zu beobachten, ist aller Voraussicht nach nicht gegeben, da diese in dem Apogäum' erfolgen und sich auf der uns unsicht-baren Seite des Mondes vollziehen. Das größte Rätsel bleibt nach wie vor die dau-ernd steigende Einflußnahme des sehr klei-nen Himmelskörpers auf unsere Radiotech-nik. Ununterbrochen angestellte Versuche, mittels Radargeräten mit Le Jeune in Ver-bindung zu kommen, sind gescheitert. Ra-darverbindungen mit dem Mond weisen starke Störungen auf, die in dem Maße zu-nehmen, wie sich die Entfernung Le-Jeune-Planet-Mond verringert. Alle diese Be-obachtungen lassen den Schluß zu, daß der Le-Jeune-Planet trotz seines geringfügigen Volumens mit gigantischen, uns unbekann-ten Kräften geladen ist.

Die nur noch mühsam verständliche, von einem unheimlichen Knistern fast über-tönte Sendung war zu Ende.

Bill warf die Zigarette in hohem Bogen über die Köpfe der Planetenbeschauer auf die Straße hinunter und zog Sin dem Aus-gang zu. Der abstruzende Tabaksfunken pro-vozierte den gelben Aufschrei einer Frau, die bisher vergeblich mit dem Theaterglas nach dem Planeten forschte.

Im Fahrstuhl sagte Bill: „Weißt du, wer der lange Hagere mit dem großen Strohhut war, der von einem Wun-der sprach?“ Sin schüttelte den Kopf. Die beiden verließen den Fahrstuhl.

„Das war Upton Britten! Ich möchte ver-suchen, herauszukriegen, was er weiß.“ Sin blieb einen Schritt lang stehen.

„Das war Upton Britten?“ Sie schien groß-enttäuscht.

„Mit einem solchen riesenhaften lächer-lichen Strohhut?“

Bill grinste, wobei die Sommersprossen um den Mund herum größer wurden. „Große Dichter können es sich leisten, lä-cherliche Strohhüte zu tragen“, sagte er und schob Sin schnell durch die Menge.

1) Erdferne, der von der Erde am weitesten entfernte Punkt der Mondbahn.



Roman von LUDWIG TUREK

Copyright Dietz-Verlag Berlin

2. Fortsetzung

„Und bei so was wird unsereiner auf-leere Geis geschoben! Versauen einem da-mit die schönste Arbeit. . . Wir müssen klug sein, dürfen uns nicht alles über den Haufen werfen lassen. . . Das ist nicht nur der Alte, dahinter stecken der nickrige Fernand Allain, die Misanto-Chemical sowie Westinghouse, Standard Oil, General Elec-tric, Bethlehem Steel und viele andere. Sie sind eifersüchtig auf den Stern. Der Rund-funk faselt von romantischem Zauber. Be-fohlene Ablenkung. Die wollen nichts als Krieg. Auch um das Mikrophon halten sie ihre Spinnenfinger gekrallt.“

Sin war froh, daß Bill so seine Sorgen hatte und weniger an sie dachte. Sie nickte zustimmend. Im übrigen war er im Recht. Er war gewissenhaft bei seiner Arbeit und wollte nicht immer unbedingt alles schluck-en. Das gefiel ihr sehr an Bill. Es war das einzige, was ihr an Bill gefiel. Leider mußte sie diesen freihetlichen Zug bei Jimmy ver-missen. Ja, leider, das fehlte dem ganz. Er war lediglich ein gehorsamer Diener des Alten. Vielleicht mußte er es sein, um über-haupt an seinem Platz sitzen zu können: Sicherlich? Nein! Es gab auch andere Ar-beit. Jimmy war feige. Trotzdem er in sei-ner Heimat den Fräser bei Mondlicht auf schwimmenden Eisschollen überquert hatte. Hier bei der Arbeit war er ausgesprochen feige. Er hatte Angst vor seiner Frau, ob-wohl er sie nicht mehr liebte. Warum ver-lieben wir Frauen uns immer nach falschen Gesichtspunkten, auf irgendwelche mysti-schen Gefühlswandlungen oder sogar lä-cherlichen Nebensächlichkeiten hin“, dachte

Sin und betrachtete die strohblonden Haare Bills, sein bartloses, sammersprossiges Ge-sicht. Das alles war für sie ausschlaggebend, um sich ihn vom Halse zu halten. Dabei war Bill viel mehr Mann als Jimmy. Er konnte was. Jimmy lebte fast von ihm. Bill war jetzt wütend, weil er nicht über diesen Stern schreiben durfte. Jimmy begnügte sich damit, den Willen des Alten zu respektieren. Er hatte offenbar keinen eigenen Willen, arber dem gegen seine Untergebenen. Seine ganze Erschütterung über den Stern ent-sprang nur der Angst, etwas zu tun, was den Alten verstimmen könnte.

Es war nicht mehr möglich, solche tiefer-gründigen Gedanken nachzuhängen. Die Meute an den Fenstern tobte. Man behaup-tete, eine deutliche Annäherung des Plane-ten an den Mond feststellen zu können. Rechnungen wurden gemacht. Ein sehr jun-ger Mensch wollte wissen, daß seine Stun-dengeschwindigkeit 13 920 Kilometer be-trage. Eine Woge laut schallenden Geläch-ers folgte dieser Behauptung. Von allen Ferngläsern war das des jungen Mannes das größte, ein Rohr von fast einem Meter Län-ge, in blendendem Weiß und mit blinkenden Messingringen. Es bildete sich eine Gruppe, die Partei für ihn nahm. Das waren jedoch durchweg Leute, die selbst kein ausreichen-des Glas besaßen und den Planeten über-haupt noch nicht gesehen hatten. Sie hoff-ten alle auf einen Blick durch das große Rohr. Der junge Mann fühlte sich sehr ge-schmeichelt und schrieb inzwischen mit wahnwitziger Eile Zahlen in ein Buch. Er schwitzte, band die Krawatte ab und schmiß sie kurzerhand durch das Fenster auf die Straße hinunter.

Plötzlich schrie er laut: „In 27 Stunden erfolgt die Landung auf der Erde!“ Ein dicker älterer Herr verfolgte ihn still-schweigend eine Ohrfeige. Sin wunderte sich. Warum waren die Menschen heute so gewalttätig? Und welches Publikum zeigte sich hier, wo sonst fast ausschließlich Jour-nalisten und Literaten verkehrten? Einige Betrunkene mochten die etwas heisere Stimme des Jünglings für eine Radiosen-dung gehalten haben und wiederholten schreiend seine Meinung von der Landung in 27 Stunden. Schon raste das Gerücht wie ein wildgewordener Stier durch alle Räume der Bar, stieg im Fahrstuhl auf die Straße hinunter und überrannte alle ihm entgegen-kommenden anderen Gerüchte, die weniger kühn, den Landungstermin auf einen ferneren Tag verlegten. Der dicke ältere Herr hatte sich zu seinem größten Aerger von der Wirkungslosigkeit seiner Ohrfeige über-zeugt, kam zurück zu dem Jungen und bestand auf einer rechnerischen Erklärung der Behauptung von der Landung.

Mit glühenden Augen begann der Junge seinen Vortrag:

In einer Viertelstunde bewegt sich der Planet um einen Monddurchmesser vorwärts.

Aber schon hier machte der Dicke einen Einwand: „Woher wollen Sie das wissen?“ Die Antwort blieb dem Jungen erspart. Ein großer, respektabel ausschender Mann baute sich drohend vor dem kleinen Dicken auf, knirschte mit den Zähnen und fauchte ihn an:

„Das dürfte für einen denkenden Men-schen nicht schwerfallen, der Mond steht da-neben, Herr!“ Alles lachte. Der Junge erhob in schulmeisterlicher Manier den Finger, den der Dicke sofort ergriff und schwungvoll zur Seite schleuderte.

„Der Monddurchmesser beträgt 3480 Kilo-meter“, begann der Junge wieder, „diese Strecke legt der Planet in einer Viertelstunde zurück, macht pro Stunde das Vierfache, gleich 13 920 Kilometer. Die Entfernung vom Mond zur Erde ist 384 750 Kilometer. Also: 384 750 durch 13 920 ist 27 und etwas. Auf Minuten kommt es nicht an.“

Begeisterte Zustimmung und dröhnende Abfuhr des Dicken. Es nützte nichts mehr, daß er wutentbrannt brüllte:

Kurz notiert

Zehn Jahre Zwangsarbeit Heidelberg. Diese Strafe erhielt der amerikanische Besatzungssoldat Fred M. Shimp.

Fohlen wollte Lastzug aufhalten Heidelberg. Ein Fohlen mußte notgeschlachtet werden, weil es in der Wallstraße in Wieblingen von einem landwirtschaftlichen Grundstück herkommend gegen einen Lastzug lief.

Und hier hat der Leser das Wort

Das Ende einer Ente

Die Zeitung für Gewerkschafts- und Sozialpolitik „Freies Wort“ schrieb am 13. Januar 1950, Bundesarbeitsminister Storch habe auf einer Pressekonferenz am 12. Januar 1950 bekanntgegeben, daß die Abwanderung Deutscher aus der „Ostzone“ bereits dazu geführt habe, daß in die Leuna-Werke bei Halle 5000 russische Arbeiter gebracht werden mußten.

Ich habe dieser Tage einen westdeutschen Arbeiter aus den Fischer-Dropsch-Werken, Oberhausen, der als Delegierter der Gewerkschaftskonferenz in Heidelberg beiwohnte, gesprochen, und er konnte mir das Gegenteil der Behauptung des Ministers Storch bestätigen, daß er einige Tage als Gast bei den Leuna-Werken in Halle war.

Nach Storchs Angaben sollen täglich 1000 und mehr „Flüchtlinge“ nach dem „goldenen Westen“ strömen. Wenn man das weiterrechnet, wären das nach Adam Riese 1950: 400000 Menschen.

„Staatsgefährliche“ rote Tinte Am 31. Januar d. J. wollte ich auf dem hiesigen Postamt eine Postanweisung aufgeben, die ich mangels anderer mit roter Tinte ausgefüllt hatte.

Eine Bar ist scheinbar wichtiger Bis vor einiger Zeit war das V. Polizeirevier in Karlsruhe im Hause Bahnhofstr. 17 untergebracht.

Mitbestimmungsrecht muß erkämpft werden

Auf der Branchen-Konferenz der IG-Chemie wurden stärkste gewerkschaftliche Kampfmittel gefordert

Heidelberg. Am 2. und 3. Februar fand in Heidelberg die Konferenz der Gruppe Chemie von der Industrie-Gewerkschaft Chemie, Papier und Keramik statt.

Die Mitbestimmung der Arbeiterschaft sei immer noch nicht erreicht, weil Unternehmer und Bürokratie, unterstützt durch viele Maßnahmen der Besatzungsmacht, sich heute wie-

der sehr sicher fühlten, erklärte Dr. Klöß in seinem Referat.

Wie wichtig der gewerkschaftliche Kampf um das Mitbestimmungsrecht ist, ging aus den Ausführungen des Kollegen Janke (Fischer-Tropsch-Werke) klar hervor.

In manchen Diskussionsreden hörte man die bange Frage: Sind wir denn überhaupt in der Lage, im Betrieb mitzubestimmen?

Mit Recht wurde von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse nicht nur das Recht auf Mitbestimmung für sich in Anspruch nimmt, sondern auch durchaus in der Lage ist, von ihr verantwortungsbewußt Gebrauch zu machen.

Zur Lohn- und Tariffrage nahm Kollege Behrens das Wort. Er sprach sich entschieden für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten aus, was durch einen neuen Rahmen-Tarif-Vertrag festgelegt werden müßte.

Kollegin Weber, die einzige Frau auf dieser Tagung, trat leidenschaftlich für die Heraufsetzung der Frauenlöhne ein, die bis jetzt nur im Höchstfall 75 Prozent der Männerlöhne betragen.

Den Christen keinen guten Dienst erwiesen

Spruchkammer-Verhandlung gegen Oberkirchenrat Dr. Friedrich

Karlsruhe. In einer 8stündigen Verhandlung hatte sich in der letzten Woche die Zentralspruchkammer Karlsruhe mit dem im Hintergrund wirkenden einflussreichsten Mann der evangelischen Landeskirche, Oberkirchenrat Dr. Friedrich, zu befassen.

Als „treuer Diener der Kirche“ habe er sich 1930, nachdem er mit Besorgnis erkannt habe, wie die Regierung immer mehr in eine Klemme zwischen NSDAP und den Kommunisten gerate, für die Nazis entschieden.

Von besonderem Interesse waren die anschließend zur Verlesung gebrachten Verordnungen und Proklamationen anlässlich der „Machtergreifung“ im Gesetzblatt des Oberkirchenrates.

werden. Trotz verschiedener Hinweise, daß für die Frau in den Betrieben schon viel getan wurde, bliebe die Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in ihrer ganzen Schärfe bestehen.

Die Frage der IG-Entflechtung entfachte eine lebhaft Aussprache. Auch hier zeigte sich, wie stark die organisierte Arbeiterschaft um das Mitbestimmungsrecht kämpfen muß.

Der Verlauf der Konkurrenz zeigte deutlich, daß die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Einheit eine gewaltige Kraft und eine wirksame Stütze für den Kampf der werktätigen Menschen darstellen kann.

Drei Tage vor der Wahl im August 1934 erging prompt eine Anweisung zur Stimmabgabe: „Aus Not und Verzweiflung wurde uns durch die gnädige Fügung Gottes Adolf Hitler gesandt.“

So wie der ehemalige Pfarrer Eckert, der wegen seiner aktiven Gegnerschaft zum Nazismus kaltgestellt wurde, erging es in der Folgezeit sämtlichen Geistlichen, die dem Naziregime nicht gehorchen waren.

Antifaschistische Geistliche wurden amtsentoben

Wegen seiner jüdischen Abstammung und seiner Gegnerschaft zu den Nazis geriet er bald in schwerste Bedrängnis. Von seiten des Oberkirchenrates wurde er keineswegs gestützt.

Wegen seiner jüdischen Abstammung und seiner Gegnerschaft zu den Nazis geriet er bald in schwerste Bedrängnis. Von seiten des Oberkirchenrates wurde er keineswegs gestützt.

Aus dem Parteileben

Versammlungen der KPD Mannheim

Referentenbesprechung, Dienstag, den 7. Februar, 19.00 Uhr in S 3, 10. Thema: „Die Rolle der Partei“, Referent Fritz Salm

Veranstaltungen der KPD Heidelberg

Amtsbezirk Sinsheim Eppingen. Am Mittwoch, dem 8. Februar um 20 Uhr im „Adler“ Mitgliederversammlung. Referent: H. Gieser.

Sulzbild. Am Mittwoch, dem 8. Februar um 20 Uhr in der „Krone“ Mitgliederversammlung. Referent K. Noe.

Sinsheim. Am Mittwoch, dem 8. Februar um 20 Uhr in den „Drei Königen“ Mitgliederversammlung. Referent: M. Oppenheimer.

Thema bei allen Mitgliederversammlungen: Die Resolution der 14. Parteivorstandssitzung und die Aufgaben im neuen Jahr.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Berghausen. Am Mittwoch, dem 8. Februar um 20 Uhr bei Schrod Mitgliederversammlung. Referent: B. Riedinger. Thema: Die Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes.

Verdienter Genosse feiert goldene Hochzeit Karlsruhe. Am 10. Februar 1950 begehen Emil Huster und seine Ehefrau aus Karlsruhe-Bulach, Neue Anlage 47, das seltene Fest der goldenen Hochzeit.

Genosse Huster ist ein Veteran der deutschen Arbeiterbewegung. Ueber 50 Jahre ist er politisch und gewerkschaftlich organisiert. Von der SPD kommend gehörte er 1920 zu den Mitbegründern der hiesigen KPD.

Ein Menschenalter als Blechner in den heutigen Industrie-Werken Karlsruhe tätig, stand er stets in vorderster Front im Kampf um die Verbesserung der Lebenslage der schaffenden Menschen.

Wir wünschen Genosse Emil Huster und seiner Ehefrau noch viele ruhige und erfolgreiche Lebensjahre.

Sein schwaches Gedächtnis

Der Zeuge K. wiederholte nach eingehender Befragung unter Eid seine klaren und sachlichen Aussagen, wonach er eigenhändig von 1935-1939 bei Dr. Friedrich Beiträge in Höhe von monatlich 2 RM für dessen fördernde Mitgliedschaft bei der allgemeinen SS kassiert hatte.

Diese Tatsache kam erst vor kurzem durch eine Anzeige einer bei der Kirchenbehörde beschäftigten Person, die, da sie die Rache Fr.s befürchtet, nicht genannt sein will, ans Tageslicht.

Nach den beiden Plädoyers, wobei der Verteidiger Dr. Friedrich in prominenten Bekämpfer des Nazismus in der evangelischen Kirche bezeichnete, der nur durch ein Wunder dem KZ entging, wurde die Verkündung des Spruches auf Mittwoch, den 8. Februar, ausgesetzt.

Der Spruch mag lauten wie er will. Die Verhandlung versetzte letztlich nicht nur Friedrich in Anklagezustand. Ein Pfarrer sagte nach der Verhandlung mit Recht: „Weil wir 1945 versäumt haben uns selbst zu reinigen, wird dieser Schmutz jetzt in aller Öffentlichkeit umgerührt.“

Badisches Staatstheater

Der Spielplan im Februar Karlsruhe. Mehrere Erstaufführungen bzw. Neuaufstellungen werden zur Zeit von den drei Kunststücken des Badischen Staatstheaters, die im Monat Februar in Szene gehen werden, vorbereitet.

Die Oper wird „André Chenier“ von Giordano mit Renate Sörrensen, Edmund Eichinger und Jan Michael Schroeder in den führenden Partien als Karlsruher Erstaufführung bringen.

Im Schauspiel wird eine Neuaufstellung von „Das Konzert“ von Hermann Bahr unter der Spielleitung von Hans Herbert Michels und mit Waldemar Leitgeb in der ersten Februar-Hälfte in Szene gehen.

Für die Freunde der heiteren Muse wird als beschwingte Faschingsfreude die weltbekannte Operette „Hochzeitsnacht im Paradies“ von Schröder/Hentschke zur Erstaufführung kommen.

Folgschwerer Fehltritt Feudenheims

Landestliga Nordbaden

Die Spritze in Eutingen hat den Neckarauern gut getan. In alter Frische waren sie wieder auf dem Plan und die 7:0-Abfuhr, die sie den gewiß nicht schwachen Rohrbachern beibrachten, läßt erwarten, daß der Fährmann unangefochten dem Meisterschaftsziel entgegensteuert.

Table with 3 columns: Team, Points, Goals. Includes VfL Neckarau, FC Pforzheim, Phönix Karlsruhe, ASV Feudenheim, ASV Durlach, TSG Rohrbach, Amic. Viernheim, 08 Hockenheim, Germ. Brötzingen, Germ. Friedrichsf., 1. FC Eutingen, FV Mosbach, VfR Pforzheim.

Feudenheim vergab Elfmeter und Ausgleich ASV Feudenheim - 08 Hockenheim 1:2 Die Gäste kamen zu diesem sensationellen Sieg auf dem Platz des bisher daheim ungeschlagenen Tabellenzweiten durch eine

den schlechten Bodenverhältnisse klug angepaßte Taktik. Sie verstärkten von Anfang an ihre Hintermannschaft und ließen den Gegner gegen eine geballte Abwehr anrennen.

Der 1. FC Pforzheim in Meisterform 1. FC Pforzheim - Germania Brötzingen 5:0 Nachdem wenige Tage vor dem Spiel Neumann für den 1. FCP Spielverbot erhalten hatte und als Mittelläufer eingesetzt werden konnte, sah man dem Rückspiel der alten Rivalen im Brötzingen Tal mit Spannung entgegen.

Amicitia Viernheim - FC Eutingen 4:2 Der Neuling aus Eutingen, der in letzter Zeit durch seine sensationellen Siege über die Spitzenvereine aufgefallen war, mußte in Viernheim ein glatte Niederlage hinnehmen, die ihn nicht nur zwei Punkte, sondern auch zwei wegen rohen Spiels vom Platz gestellte Spieler kostete.

raffe sich Viernheim wieder auf und der Halbrechte Keck vermochte durch den 4. Treffer den Sieg sicherzustellen.

Der 1. FC Pforzheim in Meisterform

1. FC Pforzheim - Germania Brötzingen 5:0 Nachdem wenige Tage vor dem Spiel Neumann für den 1. FCP Spielverbot erhalten hatte und als Mittelläufer eingesetzt werden konnte, sah man dem Rückspiel der alten Rivalen im Brötzingen Tal mit Spannung entgegen.

ASV Durlach - SV Mosbach 5:2

Diesmal fiel die Niederlage des Neulings erheblich höher aus als beim Vorspiel in Mosbach. Nur die verstärkte Abwehr der Gäste und vor allem das ausgezeichnete Spiel ihres Torwarts verhütete eine noch höhere Niederlage.

konnte ein Tor aufholen, aber der Halbrechte Hutzler schoß kurz vor der Pause Durlach drittes Tor. Schon in der ersten Minute nach Seitenwechsel erzielte Mosbachs Rechtsaußen Wild den Anschlußtreffer.

Sicherer Sieg trotz geschwächtem Sturm

Phönix Karlsruhe - VfR Pforzheim 4:1 Die bedrohliche Lage des Abstiegskandidaten rechtfertigt es nicht, daß er nun mit allen Mitteln sein Schicksal zu wenden versucht. Die von einigen Pforzheimer Spielern in das Spiel hineintragene unnötige Härte fand bei dem sonst einwandfrei leitenden Schiedsrichter Hoferer leider nicht genügend Beachtung und so blieben die Revanchen nicht aus.

Lest verbreitet und abonniert unsere Zeitung!